

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Jubiläumsausgabe

40 Jahre «Schweizerzeit»

40 Jahre «Schweizerzeit»

2

Sternstunden der «Schweizerzeit»

7

Strammstehen vor Brüssel?

14

Die «Schweizerzeit», ein Fels in der (politischen) Landschaft
Oeschinensee, Kandersteg Bild: Pascal Debrunner



Das Interview zum Jubiläum

40 Jahre «Schweizerzeit»

hf. Am 1. März 1979, genau heute vor vierzig Jahren, ist die erste «Schweizerzeit» erschienen. Dass sich dieses «Bürgerlich-konservative Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit» nicht nur «gehalten», sondern im Zeitalter des Zeitungssterbens zu einer unentbehrlichen politischen Stimme mit beachtlicher Auflage entwickelt hat, ist zweifellos darauf zurückzuführen, dass es die «Schweizerzeit» verstanden hat, eine klare politische Linie mit Substanz und Tiefgang in einem zeitgemäss leserfreundlichen Format zu vermitteln.



Dahinter stehen Kompetenz und eine enorme Leistung. Und dafür gebührt dem Gründer, «Vater» und «Kopf» der «Schweizerzeit» – Dr. Ulrich Schlüer – Dank und Anerkennung. Im folgenden Interview schildert er die Entwicklung der «Schweizerzeit» von den Anfängen bis zur Gegenwart – und wirft einen Blick in die Zukunft.

«Schweizerzeit»: Wie kam es zur «Geburt» der «Schweizerzeit»?

Ulrich Schlüer: 1978 erkrankte der damalige Nationalrat James Schwarzenbach schwer. Er bat mich, seine Zeitung, den «Republikaner», in der Zeit seiner Krankheit zu redigieren. Aus dieser Tätigkeit wuchs der Entscheid, eine Zeitung für eine mit der Schweiz eng verbundene Leserschaft zu gründen. Weil sich die Übernahme des «Republikaners» damals als nicht möglich erwies, wurde der Entschluss, mit eigenem Verlag eine neue Zeitung – eben die «Schweizerzeit» – zu lancieren, innert Tagen umgesetzt.

Unterstützung

Gab es Persönlichkeiten, welche die Gründung ideell und finanziell nachhaltig unterstützt haben?

Ich stand damals in Kontakt mit mehreren Persönlichkeiten, deren Ratschläge mir wichtig waren. Einer davon war der streitbare frühere freisinnige Nationalrat Otto Fischer. Mit dem Plan zur Gründung der «Schweizerzeit» konfrontiert – reagierte er unvergesslich spontan: Eine Zeitung ins Leben rufen zu wollen, während sich das Sterben zahlreicher Meinungsblätter bereits abzeichnete, beurteilte Otto Fischer als wirtschaftlich chancenlos, als eine Verrücktheit. Er war mit dieser Lagebeurteilung nicht allein. Weil ich dennoch überzeugt war, dass für eine konservative Zeitung eine Marktlücke bestand, blieb mir nichts anderes übrig, als allein das damalige Mindest-Aktienkapital von 50'000 Franken zusammenzukratzen und die Gründung vorzunehmen.

Im ersten Betriebsjahr wurde dieses Gründungskapital vollständig aufgebraucht. Somit drängte sich eine zweite Runde von Gesprächen mit Per-

sönlichkeiten auf, von denen ich glaubte, dass sie sich für eine Zeitung begeistern lassen würden, die sich an Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz orientiert. Dies gelang dann auch. Zwölf solide, in der Folge lebenslange Freunde der «Schweizerzeit», schossen das Grundkapital – gegen aussen als Verdoppelung des Kapitals titulierte – nochmals ein. Die Schlüsselfiguren für die Erhaltung der «Schweizerzeit» waren damals die Zürcher Hans Scharpf und Dr. Ernst Walder (†), sowie der langjährige VR-Präsident Dr. Willi Hummel, Speicher AR. Mit ihnen verbindet mich seit jenen Gründungswochen eine unverbrüchliche Freundschaft. Ab ihrem zweiten Betriebsjahr bewegte sich die «Schweizerzeit» – als «nicht gewinnstrebige Gesellschaft» im Handelsregister eingetragen – nahezu ausnahmslos in schwarzen Zahlen. Jene Persönlichkeiten, die sie damals trugen, verzichteten allerdings auf «branchenübliche Saläre».

In den Regierungsrat

Für Stadt
und Land



Natalie
Rickli

- ✓ Mehr Sicherheit
- ✓ Arbeitsplätze schaffen
- ✓ Zuverlässiges Gesundheitswesen



Ernst
Stocker bisher

- ✓ Gesunde Finanzen
- ✓ Weniger Schulden
- ✓ Moderate Steuern



regierungsratswahl.ch
Zusammen mit Carmen Walker Späh, Silvia Steiner und Thomas Vogel

War die SVP an der Gründung irgendwie beteiligt?

Die SVP als Partei stand nie in einer formellen Verbindung mit der «Schweizerzeit». Ein Teil jener zwölf Personen, die Anfang 1980 die weitere Existenz der «Schweizerzeit» sicherten, waren aber SVP-Mitglieder.

Christoph Blocher

Spielte Christoph Blocher bei der Gründung der «Schweizerzeit» eine tragende Rolle?

Obwohl wir die Namen der heute gut dreihundert Aktionäre der «Schweizerzeit» nicht bekanntgeben, sei hier verraten: Christoph Blocher hat im Verlauf der Achtzigerjahre – in Zusammenhang mit dem damaligen «Schweizerzeit»-Auftritt zum sogenannten Opernhaus-Krawall – einige «Schweizerzeit»-Aktien erworben. Dafür waren wir ihm dankbar, weil so seine Sympathie für unser Unternehmen zum Ausdruck kam. Finanziell und inhaltlich nahm er aber nie bestimmenden Einfluss auf unser Blatt.

Opernhaus-Krawalle

Welche politischen Entwicklungen waren ausschlaggebend dafür, dass sich die «Schweizerzeit» in den Achtzigerjahren erfolgreich behaupten konnte?

Einen markanten Aufschwung verdankte die «Schweizerzeit» zu Beginn der Achtzigerjahre ihren sehr klaren Stellungnahmen zum Opernhaus-Krawall, der damals

Lachen verboten!



Der kleine Fritz prahlt: «Mein Grossvater ist Pfarrer, alle sagen Hochwürden zu ihm!» Hansli meint darauf: «Mein Grossvater ist Bischof, alle sagen Eminenz zu ihm.» Den kleinen Emil beeindruckt das nicht: «Mein Grossvater bringt 200 kg auf die Waage. Wenn wir unterwegs sind, sagen alle Leute: Allmächtiger Gott!»

Zürich mit schweren Ausschreitungen heimsuchte. Zürich war Wochenende für Wochenende Schauplatz von gewalttätigen Ausschreitungen und Saubannerzügen. Während viele Politiker und Zeitungen die Zerstörungen und Gewalt-Eruptionen schönredeten oder verdrängten, stiess unsere unmissverständliche Absage an Gewalt auf grosse Zustimmung – was einen enormen Schub neuer Abonnements auslöste.

Die Europafrage

Anfang der Neunzigerjahre rückte die Frage des Verhältnisses der Schweiz zur Europäischen Union, die sich im Maastrichter Vertrag dem Zentralismus verschrieben hatte, ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung.

Die EWR-Abstimmung von 1992 entwickelte sich zur Jahrhundert-Abstimmung in der Schweiz – mit fast 80 Prozent Stimmbeteiligung. Die «Schweizerzeit» engagierte sich unmissverständlich gegen den EWR-Beitritt. Kein Organ hat derart konsequent gegen jede

Fortsetzung auf Seite 4



Batteriehaltung für Hühner ist verboten – für Menschen nicht!

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl

Anbindung der Schweiz an die EU (damals EG) Stellung bezogen. Für den Abstimmungskampf mussten wir buchstäblich alle Reserven mobilisieren. Unsere Gegner waren übrigens die gleichen, die der Schweiz heute den «Rahmenvertrag» – in Tat und Wahrheit ein «Unterwerfungsvertrag» – mit Brüssel aufdrängen wollen.

Welche Auswirkungen hatte die EWR-Abstimmung vom 6.12.1992 auf die Entwicklung der «Schweizerzeit»?

Die EWR-Befürworter sind damals regelrecht in die Masslosigkeit entgleist. Einige Wochen vor der Abstimmung schockierten sie die Öffentlichkeit mit doppelseitigen Zeitungsinserten, in denen sie die EWR-Gegner mit der Dampfwalze in beleidigender Manier bildlich als «Minus-Schweizer» plattzuwalzen versuchten. Das liessen sich tausende aufgebrachte Schweizerinnen und Schweizer nicht gefallen. Parallel zu unseren Stellungnahmen erteilten hunderte «Normalbürger» den Urhebern dieser niederträchtigen Plattwalz-Kampagne mit persönlichen Botschaften in Inseratform die ihnen gebührende Antwort. Die «Schweizerzeit» war Teil dieser spontanen Aktion, was ihr einen markanten Aufschwung an neuen Lesern eintrug – bis zur Spitze von 25'000 Abonnenten.

Nationalrat

Hattest Du 1995 Deine Wahl in den Nationalrat der «Schweizerzeit» zu verdanken?

Ich profitierte natürlich davon, dass die «Schweizerzeit» in sämtlichen Bezirken des Kantons Zürich bereits ein solides Fundament an Abonnenten besass. Als damaliger Gemeindepräsident von Flaach erzielte ich im Zürcher Weinland ein Spitzenresultat. Dank den über den ganzen Kanton verteilten Abonnenten gelang der Eintritt in den Nationalrat auf der SVP-Liste auf Anhieb.

Ein besonderer Umstand darf dabei nicht vergessen werden: Im EWR-Abstimmungskampf hat sich einer der profiliertesten Schweizer von damals, der freisinnige alt Nationalrat Otto Fischer, buchstäblich zu Tode engagiert und das Wohl der Schweiz über seine Gesundheit gestellt. Wenige Wochen vor der Abstimmung erlitt er einen schweren gesundheitlichen Zusammenbruch. Ich war einer derjenigen, die für ihn an zahlreichen Anlässen – zumeist kontradiktorische Auseinandersetzungen – einspringen mussten. Das war eine enorme Herausforderung, führte aber auch dazu, dass man zunehmend auch überregional wahrgenommen wurde. Dieser Einsatz für Otto Fischer hat 1995 meine Wahl in den Nationalrat zusätzlich begünstigt.

Otto Fischer hat sich übrigens nach dem erwähnten Zusammenbruch nie mehr völlig erholt. Er starb etwa ein Jahr nach der EWR-Abstimmung.

VORTEIL
KIA
SEIT
25
JAHREN +

Die pure Lust am Fahren. Kia Stinger.

Mehr Auto fürs Geld
www.kia.ch



Kia Stinger GT 3.3 T-GDi V6 4x4
366 PS ab CHF 60'300.– mit 8-Stufen-Automatik


The Power to Surprise



Emil Frey AG
emilfrey.ch

Abgebildetes Modell: Kia Stinger GT 3.3 T-GDi V6 4x4 aut. CHF 60'300.– und Metallic-Lackierung CHF 950.–, 10,5 l/100 km, 240 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse G, CO₂-ETS 55 g/km, Emissionsklasse Euro 6d Temp. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 137 g CO₂/km (unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.). CO₂-ETS = CO₂-Emissionen aus der Treibstoff- und/oder der Strombereitstellung. Fahrweise, Strassen- und Verkehrsverhältnisse, Umwelteinflüsse und Fahrzeugzustand können Verbrauchs- und CO₂-Emissionswerte beeinflussen. Die angegebenen Verbrauchs- und CO₂-Emissionswerte wurden nach dem WLTP-Messverfahren auf dem Prüfstand ermittelt und in NEFZ-Werte umgerechnet.



Holocaust-Krise

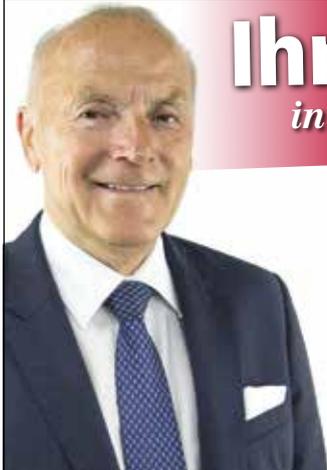
In der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre stand die Schweiz im Bann der sogenannten «Holocaust-Krise». Welche Rolle hat die «Schweizerzeit» in dieser Auseinandersetzung gespielt?

In dieser Krise, als die Schweiz wegen der Hortung nachrichtenloser Vermögen von im Holocaust ermordeten Juden aus den USA massiv attackiert wurde, konnte die «Schweizerzeit» erneut stark beachtete Beiträge sowohl von Schweizern als auch von US-Autoren in bemerkenswerter Zahl publizieren. Von andern Blättern und Personen verbreitete Zerrbilder konnten mehrfach überzeugend widerlegt werden.

Unsere historischen Kenntnisse über die Zeit vor und während des Zweiten Weltkriegs kamen uns dabei zugute. Wesentliche, weitherum beachtete Beiträge steuerte unser damaliger Korrespondent in Washington, Richard Anderegg, bei. Andere, im Mainstream mitschwimmende Schweizer Blätter sperrten ihm wegen seiner offenen Kritik an der US-Holocaust-Kampagne ihre Spalten. In jener Zeit kam ich überdies in Kontakt mit dem bereits hochbetagten alt Bundesrat Hans Schaffner. Er war während des Zweiten Weltkriegs für die Beschaffung aller Güter, Rohstoffe und Lebensmittel verantwortlich, die der Schweiz das Überleben sicherten. Darüber vermittelte er mir wiederholt wertvollste Aufschlüsse, die Eingang in unsere Kommentare fanden.

Es war damals die «Schweizerzeit», welche die jahrelang niederträchtig verbreitete Behauptung widerlegte, unser EJPD habe kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs durchgesetzt, dass Pässe deutscher Juden mit dem berüchtigten «J-Stempel» bezeichnet wurden. Der Berner Max Keller, ehemals Schweizer Militärattaché in Warschau, konnte diese Unterstellung so klar widerlegen, dass selbst der «Beobachter», der 1953 die Lüge um den J-Stempel in die Welt gesetzt hatte, seine tatsachenwidrige Darstellung mit dem Ausdruck ausserordentlichen Bedauerns widerrief und die wahrheitsgetreue Darstellung, wonach der Antrag zum J-

Fortsetzung auf Seite 6



Ihr Inserat
in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Lug und Trug



«Die Zuwanderung aus der EU stagniert auf vergleichsweise tiefem Niveau», verkündet eine Tamedia-Schlagzeile. Die NZZ doppelt gleichentags (16. Februar) nach: Von der SVP eben noch verbreitete Zahlen seien «nicht mehr aktuell». So schreiben sie's einander ab. Vom Bodensee bis zum Genfersee.

Tatsächlich geschah Folgendes: 2018 wanderten aus der EU rund 55'000 Personen mehr in die Schweiz ein als dorthin auswanderten. Seinerzeit, als man die Schweiz zur Gutheissung der Personenfreizügigkeit überredete, sprach Bundesbern von zu erwartendem jährlichem Einwanderungsüberschuss von kaum mehr als 8'000 Personen. 2018 sind fast siebenmal mehr gekommen – von sich gegenseitig abschreibenden Fake-News-Produzenten kommentiert als «auf tiefem Niveau» stagnierend.

Zutreffend – wenn auch kaum berichtet – ist hingegen, dass der Asylantenzustrom derzeit unterbrochen ist, weil – was kein Journalist zuzugeben bereit wäre – der italienische Innenminister, der von allen Journalisten unablässig geschmähte Matteo Salvini endlich die Mittelmeergrenze Italiens abriegelt. Und ein gewisser Viktor Orbán die sogenannte «Balkanroute» weiterhin gesperrt hält.

Die der Öffentlichkeit präsentierte Desinformation hat System: Bundesbern, Economiesuisse, FDP und NZZ sind offensichtlich überzeugt, dass die von ihnen befürwortete «Anbindung» – zutreffender wäre allerdings das Wort «Unterwerfung» – der Schweiz an den Brüsseler Funktionsapparat nur durchgesetzt werden kann, wenn die SVP in den Wahlen im Herbst 2019 deutlich geschwächt werden kann. Das erklärt einerseits die Fake News bezüglich angeblich «fast nicht mehr stattfindender Einwanderung».

Das erklärt aber auch die neuerdings der Firma «sotomo» übertragenen Wahlprognosen, die der den Rahmenvertrag ablehnenden SVP Verluste, der die EU hofierenden FDP indessen Gewinne voraussagt. Was diese auf den EU-Entscheid ausgerichtete Wahlprognose nicht verrät, ist der Name, der hinter «sotomo» steckt. Es ist Michael Hermann, welcher der FDP zumindest nahesteht, dem jene FDP-Kampagne nicht ganz fremd ist, wonach die gewünschte Annäherung an die EU nur durchzusetzen ist, wenn die SVP in den Wahlen vom Herbst 2019 geschwächt werden kann.

Ulrich Schlüer

Spalte
rechts

Stempel vom deutschen Gesandten in Bern aufgrund von Weisungen aus Berlin ausging, als einzig richtige anerkannte. Dieser Antrag Nazideutschlands wurde vom Schweizer Bundesrat damals verworfen, aber von Deutschland dennoch eigenmächtig eingeführt.

Mehr als nur bedauerlich ist, dass – obwohl die Wahrheit um den J-Stempel heute zweifelsfrei feststeht – bis heute Versuche laufen, unser Land mit der J-Stempel-Lüge in Misskredit zu bringen. So musste kürzlich erneut ein Lehrmittel für die Volksschule nach unserer Intervention korrigiert werden. Dass dazu selbst aus regierungsrätlicher Warte behauptet wurde, die Sachlage werde eben «kontrovers beurteilt», muss entschieden zurückgewiesen werden. Es geht nicht um eine Diskussion um Standpunkte – es geht um Wahrheit statt Unwahrheit. Wer die Schweiz mit geschichtspolitischer Wahrheitsverfälschung in Verruf bringen will, betreibt Charakterlumperei.

Zeitungssterben

Nach der Jahrtausendwende geriet die gedruckte Presse in der Schweiz in den Strudel eines eigentlichen Massensterbens. Wie gelang es der «Schweizerzeit», sich aus diesem Schrumpfungsprozess herauszuhalten?

Dass die «Schweizerzeit» nicht in diesen Untergangs-Strudel geriet, der so manches einst profilierte Blatt zum Sterben brachte, verdankt sie der Konsequenz, mit der sie ihre Standpunkte und Meinungen vertritt. Wer sich dem Mainstream beugt, verschwindet früher oder später – weil er ausser Abgeschriebenem nichts zu bieten hat. Eigenständigkeit sichert dagegen auch einer Zeitung eine gute Zukunft.

EU-Krise

Die 2007/2008 einsetzende, eigentlich bis heute anhaltende Euro-Krise bescherte ganz Europa, auch der Schweiz, schwere Erschütterungen. Wie verhielt und verhält sich die «Schweizerzeit» dieser Krise gegenüber?

Auch zur Euro-Krise gelang es der «Schweizerzeit», ausgewiesene Kenner der Währungssituation aus dem In- und Ausland für eigenständige Beiträge zu gewin-

nen. Was Währungsspezialisten vom Format eines Bruno Bandulet oder des inzwischen leider verstorbenen Wilhelm Hankel in der «Schweizerzeit» veröffentlichten und an «Schweizerzeit»-Veranstaltungen vortrugen, verhalf uns erneut zu zahlreichen Neuaubonnetten, die sich mit dem in den Massenmedien servierten Eintopf nicht zufrieden gaben.

Erneut wählen von der EU apodiktisch formulierte Ansprüche die Schweiz auf. Du hast die Entstehung des sogenannten «Rahmenvertrags» zwischen der Schweiz und der EU eng verfolgt. Wie siehst Du heute die Zukunft der Schweiz und der «Schweizerzeit» im von der EU beherrschten Europa?

Europa stehen wohl schwere Erschütterungen bevor. Der Brexit dürfte nur der Auftakt dazu sein. Die von ihrem krebbsgeschwürartig wuchernden Bürokratie-Apparat beherrschte EU hat sich für den Zentralismus entschieden. General de Gaulles Idee vom «Europa der Vaterländer» wurde verschüttet. Ein zentralistisch organisiertes Europa ist – davon sind wir überzeugt – nicht lebensfähig. Die EU wird nur überleben, wenn sie zu einer auf Freihandel beruhenden Ordnung findet, die den einzelnen Mitgliedstaaten ihre politischen Eigenheiten belässt.

Dennoch kann die heutige zentralistische EU aber auch nicht sterben, solange der mit Klauen und Zähnen an seinen exorbitanten Privilegien festhaltende Bürokratie-Apparat in Brüssel nicht ausgeschaltet werden kann. Die allein noch ihrem eigenen Egoismus verpflichtete Brüsseler Bürokratie wird Europa jedoch zunehmend lähmen und gegenüber der übrigen Welt wirtschaftlich wie politisch immer weiter in Rückstand bringen.

Wir sind überzeugt, dass die Stimme der «Schweizerzeit» in Anbetracht dieser geradezu tragischen Entwicklung gefragt bleiben wird – als Bannerträgerin einer unabhängigen, eigenständigen und darum erfolgreichen Schweiz gegenüber einer gelähmten, zentralistischen EU.

Ich bedanke mich herzlich für dieses Gespräch.

Das Interview mit Ulrich Schlüer führte Hans Fehr.



Asylmissbrauch stoppen!

In den Kantonsrat

2x auf Ihre Liste

Bezirk Andelfingen

Paul Mayer Unternehmer

www.paulmayer.ch

SVP Lista 1

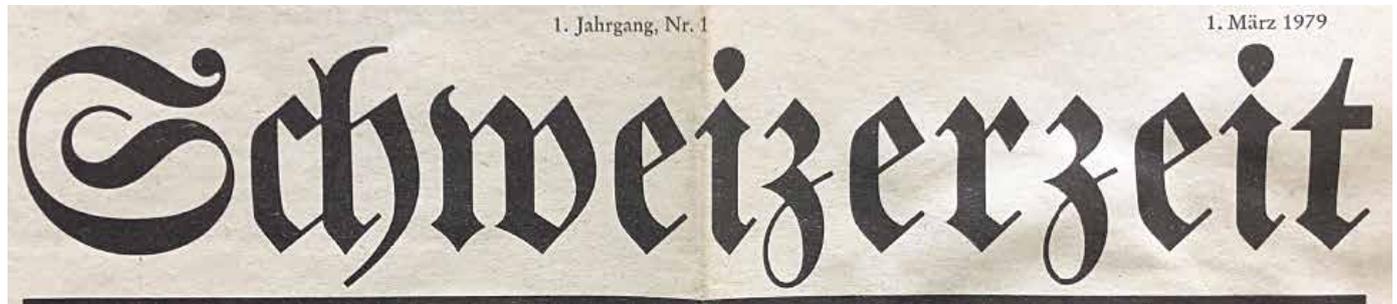


MAB Möbel Muotathal

Peter Föhn, Ständerat

Sternstunden der «Schweizerzeit»

hf. Bei den folgenden wichtigen Ereignissen und Abstimmungen hat die «Schweizerzeit» in ihrer 40-jährigen Geschichte dank ihrer mutigen und klaren Haltung jeweils viele neue Abonnenten gewonnen.



Zürcher Krawalle (ab 1980)

Zu den Zürcher Krawallen

Wenn der Druck der Strasse siegt...

von Ernst Cincera

Am letzten Juni-Wochenende übergab ein kleinmütiger Zürcher Stadtrat einem nicht deutlich definierbaren Komitee die Schlüssel von Gebäuden für ein «autonomes» Jugendzentrum. *Schlüsselübergaben* sind in der Geschichte immer dann mit der Anrühigkeit der *Kapitulation* verbunden, wenn sie das Ergebnis eines nicht nach legalen Spielregeln erzeugten Druckes sind. Diese Schlüsselübergabe ist eine derartige Kapitulation.

10. Juli 1980

Dank an Alfred Gilgen



Während die Zürcher Stadtbehörden dem Druck der Strasse kleinmütig nachgegeben haben, haben Sie als Zürcher Erziehungsdirektor in eindrücklicher Weise die geltende Rechtsordnung verteidigt.

Die Unterzeichnenden sind empört über die Unflätigkeiten, mit denen Sie in Sprechhören von Krawallisten und in überall angebrachten Aufschriften in den letzten Tagen und Wochen überhäuft worden sind. Wir versichern Sie unserer Wertschätzung und uneingeschränkten Unterstützung in all Ihren weiteren Bestrebungen zur Erhaltung unseres demokratischen Rechtsstaates.

(Angehängt war ein Talon für die Unterzeichner)

Die Unabhängigkeit der Schweiz ist unveräusserlich

Der Preis unserer Freiheit

von Nationalrätin Geneviève Aubry

Unser Land gehört nicht der EG an, von der es indes umgeben ist. Es ist ebenfalls isoliert in bezug auf die internationalen Institutionen und hat eine Neutralität, die ihm niemand streitig machen kann. Diese ungewöhnliche helvetische Unabhängigkeit hat ihren Preis.

15. Mai 1981

Uno-Abstimmung, 16. März 1986

Die Ausmarchung beginnt!

UNO-Beitritt: Nein!

von Nationalrat Dr. Otto Fischer

Der Bundesrat hat nun nach langem Zögern den eidgenössischen Räten die Botschaft für den Beitritt der Schweiz in die UNO übergeben. Wenn diese zustimmen, wird eine Volksabstimmung durchgeführt werden müssen, denn nur bei einem Ja von Volk und Kantonen kann ein derartig schwerwiegender Schritt getan werden.



Otto Fischer schafft schon am 16. April 1982 Klarheit

Des Schweizers neue Freunde ...

... wenn er am 16. März der Uno beitrifft.

Uno-Abstimmung, 16. März 1986

Mit abgesägten Hosen

Sechs von sieben arbeitslosen
Uno-Wandermissionaren
steh'n mit abgesägten Hosen,
stehn zu siebt beinah im baren
Dingsda vor der Ochsensteuer.
Büblein freut sich ungeheuer.
Fritz Schäuuffele

29. März 1986

Anstelle eines
Abstimmungskom-
mentars

Mauerfall, 9. November 1989

Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft?

Historischer Wendepunkt im Ostblock

Von Nationalrat Heinz Allenspach (ZH)

Die kommunistischen Staaten Osteuropas beginnen, sich in gewaltloser Revolution der Demokratie dem politischen und gesellschaftlichen Pluralismus und der Marktwirtschaft zu öffnen. Dieser Prozess verdient unsere Hochachtung und Unterstützung, aber auch der Geduld.

1. Dezember 1989

11. Jahrgang Nr. 22 15. Dezember 1989

Die Alternative zum Sozialismus heisst «kein Sozialismus»

Gescheitert!

Von Eberhard Reese

Der Sozialismus ist gescheitert. Aber nicht erst jetzt, sondern von seinem Anfang an. Schon in der «reinen Lehre» von Marx und Engels war der Misserfolg enthalten wie ein «Virus» in einem elektronischen Datenspeicher.

Arbeitslose in der DDR



Die DDR posaunte weit und breit:
«Wir kennen keine Arbeitslosigkeit!»
Das gilt nun nicht mehr unbeschränkt
ab heute:
Wenn Bonzen, Schranzen, Wanzen,
Unkrautpflanzen
nicht mehr nach Krenzens Schrenzzen-
Tänzen tanzen,
gibt's nichts zu spitzeln mehr und
überwachen,
was soll'n zehntausend arme Teufel
machen??
Fritz Schäuuffele

15. Dezember 1989

EWR, 6. Dezember 1992

Die umstrittene «Albisgüetli-Rede» im vollen Wortlaut

Anpassung und Widerstand

Von Dr. Christoph Blocher, Nationalrat

Christoph Blocher musste nach seiner «Albisgüetli-Rede» vom 24. Januar 1992 einen wahren Hagel pauschaler Anwürfe über sich ergehen lassen. Seltsamerweise hüteten sich indessen alle Kritiker und Schmärer ausnahmslos davor, auch nur andeutungsweise auf den Gehalt der von ihnen teilweise geradezu zerfetzten Rede einzugehen. Diese auffällige Lücke in der Kritik bewog die «Schweizerzeit», Nationalrat Blochers Ansprache in ungekürztem Wortlaut wiederzugeben.

Wer sich mit deren wirklichem Inhalt – nicht bloss mit der Medienberichterstattung über diese Rede – ernsthaft auseinandersetzt, der dürfte recht bald das politische Format jener gültig beurteilen können, die auf Blochers Rede lediglich noch mit kaum verhehlter Wut reagieren konnten ...

21. Februar 1992



Ist ein Alleingang denkbar?

Von Dr. Ulrich Schlüter, Flaach

Anfang Mai lud die deutsche Hanns-Seidel-Stiftung zu einer internationalen Studientagung ein, an welcher ausschliesslich Vertreter von Nicht-EG-Ländern dem überwiegend deutschen Publikum die Haltung ihrer Länder zur EG erläuterten. Zur Darlegung der in der Schweiz vorhandenen EG-Skepsis war die Einladung an die «Schweizerzeit» ergangen. Wir drucken diesen Vortrag – gehalten am 5. Mai 1992, genau an dem Tag, da der Streik im öffentlichen Dienst Deutschlands seinen Höhepunkt erreicht hatte – in der heutigen und in der nächsten «Schweizerzeit» in zwei Teilen ab.

Ein attraktiver Kleber für den Abstimmungskampf

EG / EWR

Der Abstimmungskampf hat begonnen.

Aus Steuergeldern hat der Bund bereits ein PR-Büro mit einem Budget von 5,9 Millionen Franken zur Lancierung der Pro-EWR-Kampagne ausgestattet. Helfen Sie uns, dieser geballten Pro-EG-Ladung wirksam entgegenzutreten zu können.

Unser Postcheck-Konto:
«Schweizerzeit»
84-3870-9

4. September 1992

29. Mai 1992

Der Fluchtweg in die EG

Von alt Ständerat Hans Letsch, Aarau



Die Schweiz ist schon heute, wirtschaftlich und politisch, europa-, ja weltoffen. Das gilt einerseits für die grosse Zahl mittlerer und grösserer schweizerischer Unternehmungen, die grenzüberschreitend und in andern Ländern tätig sind sowie für die zahlreichen Freihandelsabkommen, nicht zuletzt jenes der Schweiz mit der EWG, das bereits 1972 abgeschlossen worden ist.

18. September 1992



Vor der EWR-Abstimmung

«Schweizer, lasst euch nicht verkaufen!»

Ein offener Brief von Walter Roderer

EWR und EG sind nicht mehr zu trennen! Aus Angst vor einem Nein versuchen heute der Bundesrat und die Befürworter eines EWR-Beitritts krampfhaft, EWR und EG zu trennen, haben aber nach wie vor die EG im Visier, hat doch der Bundesrat eindeutig gesagt, dass der EWR ein erster Schritt in die EG sei.

16. Oktober 1992

EWR, 6. Dezember 1992

Der EWR gesamthaft:

Schlecht, gefährlich, unwürdig!

Von Dr. Otto Fischer, alt Nationalrat, Bern



30. Oktober 1992

Die Abstimmung vom 6. Dezember über den EWR entscheidet über das Schicksal unseres Landes. Stimmen Volk und Stände zu, ist der nachherige Beitritt zur EG unausweichlich.

Nachrichtenlose Vermögen, 1997

Ein wichtiges Buch zum richtigen Zeitpunkt

Freispruch für die Schweiz

Von Prof. Dr. Ernst Leisi, Pfaffhausen

Die Kriegsgeneration – die Gesamtheit der Schweizer, die zwischen 1939 und 1945 erwachsen waren – sitzt auf der Anklagebank. Es geht zu wie beim alten Inquisitionsprozess: Die Ankläger, seien sie nun Medien, Behörden, Schriftsteller, Pfarrer oder Privatpersonen, sind gleichzeitig auch die Richter.



7. Februar 1997

Ein amerikanischer Bankier wendet sich an die Schweiz

«Stehe fest, Helvetia»

Gedanken zu einem kopflosen «Befreiungsschlag»

Gold-Stiftung unter schwerem Beschuss

Von Nationalrat Ulrich Schlüer, Flaach ZH

18. April 1997

Die Welt der linken Historiker

Kollektivschuld der Schweiz?

Von Nationalrat Ulrich Schlüer, Flaach ZH

Für jene Schweizerinnen und Schweizer, welche den Zweiten Weltkrieg miterlebt haben, ist vieles, was sogenannte «Jung-historiker» über jene Zeit veröffentlichen, schlicht unverständlich. Da treffen offenbar zwei Welten aufeinander, die nichts miteinander zu tun haben.

2. Mai 1997

Nachrichtenlose Vermögen, 1997

Klare Antwort auf den Eizenstat-Bericht:

«Wir lassen uns nicht erpressen!»

Auszüge aus Christoph Blochers Berner Rede

Vor einigen Wochen ist in Amerika der sogenannte «Eizenstat-Bericht» veröffentlicht worden. Manche Politiker haben vor dieser Veröffentlichung gezittert wie das Kaninchen vor der Schlange. Und die inländischen Kritiker der Schweiz haben sich darauf gefreut wie kleine Kinder, die ihren Kameraden drohen: «Warte nur, bis der grosse Bruder kommt! Der wird es Dir dann schon zeigen!» Und der grosse Bruder ist gekommen!

27. Juni 1997

Schwierige Entscheidungen von gestern in der oberflächlichen Beurteilung von heute



Schwäche provoziert nur neue Forderungen

Interview mit alt Bundesrat Hans Schaffner

Alt Bundesrat Hans Schaffner trug in der Zeit des Zweiten Weltkriegs – damals hoher Beamter im Volkswirtschaftsdepartement – wesentliche Mitverantwortung für die Aussenhandelspolitik der Schweiz. Er gehörte in führender Position jenem verschworenen Team an, das damals Tag für Tag in zähen, beharrlichen, auf vielen Kanälen vorgetragenen, oft gefährlichen Verhandlungen sowohl den Achsenmächten als auch den Alliierten die Sicherstellung des Nachschubs für Bevölkerung und Wirtschaft der eingeschlossenen Schweiz

abzurufen verstand. Der heute 89jährige gesteht offen, dass das Unverständnis heutiger Verantwortungsträger für das Handeln und den Spielraum der damals Verantwortlichen für ihn ein Kapitel Altersbitterchen für ihn ein Kapitel Altersbitterchen darstellt. Grund für die «Schweizerzeits», mit alt Bundesrat Hans Schaffner ein Gespräch über die Entscheidungen von damals und deren Bewertung durch heutige Kritiker zu führen.

14. November 1997



Des Herrn Edgar Bronfmans liebste Beschäftigung

12. Dezember 1997

Aussterbende und aufkommende Vornamen

Wo sind die Hanslis und Uelis geblieben?

von Anian Liebrand, ehem. Präsident Junge SVP Schweiz

Der Bevölkerungsanteil «mit Migrationshintergrund» steigt von Jahr zu Jahr an. Dies widerspiegelt sich exemplarisch in der Statistik der beliebtesten Vornamen. Vertraute Vornamen, wie sie hierzulande seit Jahrhunderten und Jahrzehnten zu hören sind, sind vom Aussterben bedroht.

Es dominieren englische, südländische – sprich «kosmopolitisch-konforme» Namen. «Vorwiegend weich klingende, ein- oder zweisilbige Vornamen» seien im deutschsprachigen Raum momentan in Mode, so Namensforscher. Befanden sich viele Vornamen biblischen, alemannischen oder lateinischen Ursprungs vor wenigen Jahrzehnten noch klar auf den Spitzenplätzen, bewegen sie sich heute meist im Mittelfeld. Ein hohes Wachstum weisen dagegen muslimische Namen auf.

Reale Entwicklung

Keine Frage: Welche Namen frisch gewordene Eltern ihrem Nachwuchs geben, ist etwas sehr Persönliches. Die Namensgebung ist in der Regel emotionaler Ausdruck tief empfundener Freude über lange erwartetes neues Leben. Nichts liegt mir ferner, als diese intimen, freien Entscheide im Einzelnen zu werten. Vielmehr will ich nüchtern und sachlich über eine reale Entwicklung informieren – und zum Nachdenken anregen.

In der Schweiz wurden im Jahr 2017 44'873 Knaben geboren. An der Spitze der am meisten vergebenen männlichen Vornamen waren Modenamen wie Noah, Luca und Liam. Die Spitzenreiterinnen bei den 42'508 neugeborenen Mädchen waren die Namen Emma, Mia und Sofia. Was wir dagegen als typische Schweizer Namen bezeichnen, gilt bei den meisten Eltern als altmodisch und verstaubt.

«Ali statt Hans»

Wurden in den letzten 20 Jahren (1998 bis 2017) gerade Mal noch 303 Peters, 206 Uelis und 69 Walters geboren, waren die männlichen Vornamen Beat, Hans, Franz, Erwin, Werner und Urs in dieser Zeitperiode nicht einmal mehr unter den ersten 1'000 Vornamen mit mindestens

zwei Beobachtungen pro Vorname. Und in diese Kategorie käme man locker, wenn der Vorname jährlich bloss ein paar Mal vergeben worden wäre. Zum Vergleich: Ueli befindet sich 2017 mit sechs Benennungen auf Rang 988 der häufigsten Vornamen unter Neugeborenen.

Die Entwicklung ist drastisch: 1960 wurden in der Schweiz insgesamt 1'103 Knaben Urs getauft. 2016 waren es noch sechs. Über 52'000 Männer hiessen 2017 Hans (der vierthäufigste Vorname nach Daniel, Peter und Thomas). Unter Neugeborenen kommt er dagegen praktisch nicht mehr vor. In diese Lücke stossen neue Namen – wie zum Beispiel Mohammed, Omar oder Ali. 2017 besetzte Mohammed (in verschiedenen Schreibweisen) Rang 81 der beliebtesten Vornamen in der Schweiz. Omar (oder Ömer, Omer und Ammar) belegte mit 98 Nennungen den 88. Platz. Ali wurde 71 Mal vergeben (Rang 133).

Ahmed statt Alfred

Von 1998 bis 2017 wurden in der Schweiz genau 1'500 Mohammeds in die Welt gesetzt (fünf Mal mehr als Peters). Die Verdrängung zieht sich aber auch «in den hinteren Rängen» durch. Die Namen Yusuf und Youssef wurden 2017 drei Mal häufiger vergeben als Josef (Spitznamen «Sepp») – und es wurden gar fünf Mal mehr Ahmeds geboren als Alfreds («Fredy»).

Trends kommen und gehen – hoffentlich sind die Schweizer Vornamen mehr als ein Modetrend, der zurzeit «out» ist.

Anian Liebrand

PS: Der seltene Vorname des Autors stammt ab vom heiligen Anian, Bischof von Orléans vom 4. bis 5. Jahrhundert nach Christus. Anian ist der Patron der Pfarrkirche St. Anian von Vättis im st.gallischen Taminatal, wo der Vorname eine gewisse Verbreitung geniesst.



safe4u
ALARMANLAGEN
MADE IN GERMANY

Vorteile der neuen safe4u 365pro Alarmanlage:

- Einfache Inbetriebnahme, sofort einsatzbereit
- Ohne WLAN/Funk, zertifiziert strahlungsfrei
- Ohne Montage und bauliche Massnahmen
- Zuverlässige Absicherung bis 800m²
- Ohne Folgekosten, Service-Abo, Wartung etc.





A. Haring
079/822 93 75



Ch. Ziegler
076/389 02 15



www.safe4u.ch
Wir beraten Sie gerne:
alexander.haring@safe4u.ch
christoph.ziegler@safe4u.ch

Die Revolution im Einbruchschutz

Beugen Sie jetzt vor!
Testen Sie die neue safe4u Alarmanlage,
kostenlos - direkt bei Ihnen zu Hause!

Parastaatliche Trickserien

Serafe im Schlafzimmer

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Noch 5 Jahre haben die Schweizer Schonfrist, wenn sie keine Fernsehgebühren bezahlen wollen. Doch die staatlichen Steuereintreiber tricksen mit allen Mitteln.



Seit über 10 Jahren lebe ich ohne TV und habe damit mehrere tausend Franken Fernsehgebühren gespart. Das ging, weil ich keinen Fernseher hatte und meine Internet-Geräte nicht zum Fernsehempfang geeignet sind. Wer keinen Fernseher hat, aber Internet, der muss die TV-Gebühr nämlich nur bezahlen, wenn er ein Digital-TV-Abonnent ist oder bei einem Gratisanbieter wie Wilma oder Zattoo registriert ist. Nicht bezahlen muss man, wenn man mit dem PC oder Handy beispielsweise lediglich die «Arena» von gestern Abend anschaut.

Serafe statt No-Billag

Mit der Umstellung auf die «geräteunabhängige Haushaltsabgabe», inkl. Wechsel von Billag zu Serafe, wird die Fernsehabgabe zu einer Steuer, egal ob man zum Empfang geeignete Geräte hat oder nicht. Aber noch bis Ende 2023 kann man sich von der Abgabepflicht befreien lassen: Anfang Jahr erhalte ich einen Flyer, den mir die schweizerische Eidgenossenschaft schickt. Ich erfahre, dass Serafe zweimal im Jahr Rechnung stellt, damit – man glaubt es kaum – «die Serafe nicht nur einmal im Jahr einen Arbeitsaufwand hat». Wer nicht zahlen muss, der muss das beiliegende «Gesuch um Befreiung von der Abgabepflicht nach Art. 109c RTVG resp. Art. 94 RTVV/ Opting-out» ausfüllen. Doch oh Schreck: Von der Serafe-Gebühr wird offenbar nur befreit, wer weder über ein Fernsehgerät noch über Autoradio, Radiowecker, Computer, Laptop, Tablet oder Smartphone etc. verfügt.

Staatliche Schummelei

Damit wird suggeriert, dass jeder, der über eines dieser Geräte verfügt, TV-Gebühren bezahlen muss. Dies

ist eine Täuschung, denn im erläuternden Bericht zur Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung schreibt der Bundesrat eindeutig, dass sich bezüglich der «geeigneten Empfangsgeräte» nichts geändert habe. Damit könne auch an die bisherige Gerichtspraxis angeknüpft werden. Sprich: Die Fernsehgebühr muss nur zahlen, wer einen Fernseher hat oder bei einem Anbieter von Fernsehprogrammen registriert ist.

Verschwundene Informationen

Während früher die Billag, wenn auch versteckt, so doch ehrlich darüber informierte, fehlen diese wichtigen Informationen bei der Serafe. Zu finden ist nur das trügerische Formular. Und wie durch Zauberhand sind auch die Informationen auf der Billag-Website und sämtliche Links dazu verschwunden. Meine Anfrage bei der Billag, man möge mir das nun verschwundene Merkblatt für die Gebührenbefreiung zustellen, blieb unbeantwortet. Damit nicht genug. Ich muss, lese ich, sogar dulden, dass Beamte des BAKOM meine Räumlichkeiten betreten dürfen. Also darf der Staat ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Anfangsverdacht, unsere Schlafzimmer durchsuchen – ein beispielloser Eingriff in die Privatsphäre, welche wir dem sattsam bekannten FDP-Nationalrat Fluri zu verdanken haben und den die bei IV-Betrügereien sehr empfindlichen Linken freudig durchgewunken haben.

An der Nase herumgeführt

Mit dem irreführenden Fragebogen und dem consequenten Verschwindenlassen von sämtlichen Informationsseiten im Internet werden die Bürger getäuscht, an der Nase herumgeführt und zum Bezahlen genötigt. Und den Nichtzahlern droht die Obrigkeit mit Schnüffeleien im Schlafzimmer. Darf ein Staat so mit seinen Bürgern umgehen?

Hermann Lei

Ihre bürgerlich-liberale Stimme im Bezirk Meilen!



Dr. iur. Nina **bisher**
Fehr Düsel
wieder in den Kantonsrat

2 x auf Ihre Liste

Und in den Regierungsrat:
Natalie Rickli und Ernst Stocker

www.ninafehrdusel.ch



Wyssmann und Partner

lic. iur. Rémy Wyssmann,
Rechtsanwalt und Notar
Fachanwalt SAV Haftpflicht-
und Versicherungsrecht

Kantonsrat SVP
Schachenstrasse 34b, Postfach
4702 Oensingen
adv@sozietat.ch
www.sozietat.ch
Tel. +41 62 388 04 89
Fax +41 62 388 04 80

**In den
Nationalrat**

Leserbrieife

54'700 Einwohner zusätzlich

Der Wanderungssaldo für das Jahr 2018 beläuft sich auf 54'700 Personen. Auf Deutsch: Wir haben eine grosse Stadt mehr in der Schweiz – und das wiederholt sich in ähnlicher Form jedes Jahr. Leider verteilt sich dieser Zuwachs auf die ganze Schweiz, sonst würden der Stimmbevölkerung die Augen schlagartig aufgehen, vor allem wenn man noch sieht, wer da alles kommt.

Alex Schneider, Küttigen

Keine Verschärfung des Waffenrechts

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft hat klug gehandelt und sich gegen die Verschärfung des Waffenrechts ausgesprochen. In nächster Zeit wird das Schweizervolk wieder über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge abstimmen können. Wenn man hofft, dass sich die Bürgerinnen und Bürger für eine starke, eigenständige Armee entscheiden, darf man ihnen nicht vorher den legalen privaten Waffenbesitz einschränken. Freiheit beginnt im Kleinen und endet mit der Bevormundung durch das Ausland. Der EU-Rahmenvertrag lässt grüssen.

Jakob J. Blattmann, Niederhasli

Weihbischof Henrici und die SVP

Die Kritik an Weihbischof Henrici muss mit Zwingli's Maxime «Tut um Gott's Willen etwas Tapferes» zu einem aktuellen fastenbrechenden Wurstessen werden. Die unsägliche Aussage von Weihbischof Henrici, die SVP, eine demokratisch legitimierte Partei als Schweizer nicht wählen zu können, ist von einem Kirchenmann nicht hinnehmbar. Es befremdet, wenn Kirchenleute ihre Autorität in Politfragen von einer höheren Macht ableiten und damit wissen, was richtig und falsch ist. Die Kirche hat in Anbetracht der Islamisierung und Säkularisierung unserer Gesellschaft zahlreiche herausfordernde Aufgaben: Sie muss den christlichen Glauben, die biblischen und ethischen Grundlagen der Menschenwürde vertreten und die Verkündigung des Evangeliums und die Seelsorge in den Mittelpunkt stellen.

Lasst uns Gläubige selbst mit überzeugenden christlichen Werten in Politik und Gesellschaft mitreden. Kirche darf nicht zur Polit-, Kultur- und Sozialinstitution werden. Sie verliert sonst ihre Glaubwürdigkeit und macht sich überflüssig. Der Weihbischof muss sein kirchliches Amt wahrnehmen, seine Aussage korrigieren und auch der SVP mit christlicher Nächstenliebe entgegenkommen.

Roger E. Schärer, Feldmeilen

Milliardenbusse für die UBS

Bekanntlich wurde die UBS in Frankreich zu einer Busse von 3,7 Milliarden verurteilt. Wäre die UBS eine amerikanische Bank, hätte Frankreich es dann auch gewagt, sie zu verurteilen?

Otto Weiersmüller, Uetikon a.S.

Undank ist der Welt Lohn

Zum Glück hat die «Schweizerzeit» (Nr. 2/2019) die gravierenden Folgen des Rahmenvertrages Schweiz-EU aufgelistet. Mir wird übel, wenn ich daran denke: Der bilaterale Weg wird beendet, die Sozialkosten explodieren, es drohen uns 15 Prozent Mehrwertsteuer, die Abschaffung der Kantonalbanken und vieles mehr – sogar die Freihandelsabkommen sind in Gefahr. Oder wie es Herr Blocher auf den Punkt bringt: «Die Unterzeichnung dieses Vertrags wäre ein Todesstoss für die freie Schweiz.» Wollen wir uns tatsächlich knechten lassen? Mit Jahrgang 1937 habe ich die letzten Kriegsjahre bewusst erlebt. Während Friedrichshafen bombardiert wurde, sassen wir angstvoll im Keller. Nach dem Krieg kamen tausende von mageren, kranken Kindern zur Erholung in die Schweiz, und im Bahnhof Romanshorn kamen jeden Abend Züge mit Verwundeten aus den Lazaretten. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung war enorm. Doch nach zwei Generationen ist alles vergessen. Arroganz macht sich wieder breit. Die Kuhschweizer sollen wieder zahlen und kuschen.

Margrith Dietrich-Brunschweiler, Bürglen TG

Menschenverursachte Klimaveränderung?

Dass jetzt sogar Schweizer Schüler die Schule schwänzen für «Klimademonstrationen» hat mich aufgebracht. Es ist wichtig, dass das Schweizer Volk die Wahrheit über dieses Thema erfährt. Bestellen Sie, verehrte Leserinnen und Leser der «Schweizerzeit», meine aktuelle Schrift (b.ruegger@bluewin.ch, 062 789 89 00). Sie liefert Ihnen anhand verschiedener Beispiele die Grundlagen, damit Sie sich über die Klimaveränderung eine eigene Meinung bilden können.

Bruno Rüegger, Oftringen

Frau Bundesrätin Amherd als Chance

Obwohl ich nicht viel vom Militär verstehe, leuchtet mir die von Korpskommandant aD Simon Küchler („Schweizerzeit Nr. 3/2019) geforderte neue Führungsstruktur der Armee ein. Ich denke, dass die neue VBS-Chefin Viola Amherd eine Chance sein könnte, um Neuerungen durchzusetzen, weil sie unabhängig und militärisch mit niemanden verhandelt ist. Ich bitte Herrn Küchler, mit der Bundesrätin das Gespräch zu suchen.

Hildy Haas, Hölstein

Es geht um die Existenz der Schweiz

Beim Studium des Rahmenvertrags (Institutionelles Abkommen, «InstA») kommen jeden Tag kommen neue Hiobsbotschaften zum Vorschein: Künftig haben fremde Richter das Sagen, die Unternehmenssteuern werden von der EU diktiert, zusätzliche Kohäsionsmilliarden sind regelmässig nach Brüssel zu schicken, die Sozialpartnerschaft und der Lohnschutz werden aufgehoben. Unabhängigkeit und direkte Demokratie werden de facto abgeschafft. Die EU versucht erneut, die Schweiz zu erpressen (wie England auch), u.a. mit der Börsenankennung, aber auch mit Steuern auf Stahl. Es ist erfreulich, dass sich das Schweizer Gewerbe gegen dieses unsägliche «InstA» zur Wehr setzt. Die Unternehmen müssen sich vermehrt auf die Märkte in GB, Nordamerika und Asien konzentrieren.

Patrick Schäfli, a. Landrat, Liestal



«Und die da reden vom Vergessen...»



«... und die da reden vom Verzeih'n,
all denen schlage man die Fressen mit
schweren Schmiedehämmern ein.»

Nein, keineswegs sind wir im verbalen Ausdruck abgerutscht in die Niederungen einer Sprache ohne Niveau. Obiges Zitat stammt vielmehr aus der Weltliteratur: Bertolt Brecht äusserte sich so zum Thema Kriegsverbrechen.

Nun denn: Der Sicherheitsausschuss des Bundesrates berät aktuell die hochbrisante Frage, was nach dem Sieg über die IS-Dschihadisten in Syrien mit jenen Schweizern geschehen soll, die sich dem IS anschlossen und nun ihre Heimkehr anstreben. Zum Ausschuss gehörten in alter Zusammensetzung die Vorsteher des Verteidigungs-, des Aussen- und des Justizdepartementes, im Vorjahr vertreten durch Ignazio Cassis (57, FDP), Guy Parmelin (59, SVP) und Simonetta Sommaruga (58, SP).

Neu gehört nun Karin Keller-Sutter dazu. Sie zeigt keine Scheu, die Rückkehr der Schweizer IS-Terroristen abzulehnen – und steht damit Sommaruga diametral gegenüber. Wer wird siegen? Möge es Karin Keller Sutter

sein! Denn wir reden hier nicht über die Rückkehr einiger im Ausland gestrandeter Schweizer Touristen. Sondern es geht um Schweizer Bürger, die sich freiwillig dem IS angeschlossen haben, um dessen Terrorziele vor Ort zu unterstützen. Wir reden also von Leuten, die andere Menschen getötet und ihrer Freiheit beraubt haben. Wir reden von der Zivilbevölkerung in vom IS besetzten Gebieten, die Unmenschliches erdulden musste. Wir reden von vergewaltigten Frauen und solchen, die der IS zu Sklavinnen herabwürdigte im Dienste ihrer «Kämpfer». Wir reden von entführten Schülerinnen, gepeinigten Kindern und von den Witwen, die ihren vom IS getöteten Männern nachtrauern.

Diese (Schweizer) Täter sollen nun heimkehren dürfen, als sei nichts geschehen? Als hätten sie keine Morde, keine verwundeten Kinder auf dem Gewissen. Nein! Sie sollen in jener Region bleiben, die sie als ihre neue Heimat erwählt haben. Sie sollen dort zur Rechenschaft gezogen werden, wo sie im Dienste des IS gewütet haben. In diesem Sinn also sei Brechts Gedicht zu interpretieren: «Und die da reden vom Vergessen...!»

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Das Restaurant Kleefeld, der beliebte Treff in Bern-Bümpliz, startete mit einem neuen Team unter der Leitung von Nationalrat Erich Hess ins neue Jahr.

Gerne verwöhnen wir Sie mit zahlreichen köstlichen Spezialitäten aus gut bürgerlicher Küche!

Unser vielseitiges Lokal mit grosszügiger Gaststube, Pavillon, gemütliches Bistro / Tea-Room, Fumoir, Sommer-Terrasse, lädt zum Verweilen ein. Wir verfügen über einen geräumigen Saal (unterteilbar in zwei Räume), der ideal ist für Ihre Feier, Seminare, Geschäftsessen, Referate, Familienfeste, etc.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Nationalrat Erich Hess und das Team des Restaurants Kleefeld



Mädergutstrasse 5
3018 Bern-Bümpliz
031 981 14 10
info@rest-kleefeld.ch

www.rest-kleefeld.ch

Unsere Öffnungszeiten:
Dienstag bis Samstag: 9.00 bis 22.30 Uhr
Sonntag und Montag: Ruhetag



Gutschein
für 1 Gratis-Kugel
Mövenpick-Glacé
Gutschein gültig bis
am 31.12.2019

Tagesbefehl des Armee-Chefs

Strammstehen vor Brüssel?

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft – breit abgestützt bei allen Waffengattungen und in sämtlichen Kantonen – hat durch ihren Vorstand einstimmig die Nein-Parole beschlossen zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie durch die Schweiz. Darüber ist am 19. Mai abzustimmen.

Dieser Parolenbeschluss hat massive Reaktionen ausgelöst. Dass die politische Linke, wollüstig unterstützt von fast allen Medien und den darin tätigen Abschreibern, über alle Kanäle gegen die Offiziere giftelt, überrascht nicht.

Dass der Chef der Armee, Korpskommandant Philippe Rebord, die Offiziere für ihre klare Stellungnahme glaubt rüffeln zu müssen, befremdet indes nachhaltig. Zahlreiche treu zu glaubwürdiger Landesverteidigung stehende Schweizerinnen und Schweizer sind empört ob der Schelte des Armeechefs.

Akzent

Worum geht es?

Brüssel verlangt mit der EU-Waffenrichtlinie von allen dem Schengen-Vertrag angeschlossenen Staaten die Entwaffnung aller Bürgerinnen und Bürger – als «Massnahme gegen den Terrorismus».

Die Schweiz müsste mitmachen. Ob die rigore Entwaffnung aller Schützen, rechtschaffener Bürgerinnen und Bürger, der Terrorbekämpfung dient, darf von Anfang an bezweifelt werden, verschafft diese plakative Massnahme doch allen illegalen Waffenbesitzern – Kriminellen und Terroristen – ein faktisches Monopol auf Waffenbesitz. Das wird Terroristen ermutigen, nicht abschrecken.

Solch von Schreibtisch-Strategen geschaffener Widerspruch zwischen behaupteter Zielsetzung und dieser Zielsetzung widersprechender Wirklichkeit müsste eigentlich die Sicherheitsverantwortlichen aller Länder herausfordern. Für die Schweiz mit ihrer Miliztradition ist das EU-Ansinnen unannehmbar. Der Chef

der Armee müsste davon herausgefordert werden. Allerdings nicht als Wasserträger undurchdachter Brüsseler Funktionärs-Illusionen, sondern vielmehr als Verantwortlicher für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bewohner.

Folgenden Tagesbefehl, gerichtet an die Schweizer Schützen einerseits, an die Bürokraten zu Brüssel andererseits, müsste Korpskommandant Rebord zur EU-Waffenrichtlinie erlassen:

«Schützzinnen und Schützen der Schweiz, Verantwortliche des Schengen-Vertrags zu Brüssel!

Zunächst ist mit aller Klarheit festzuhalten: Schweizer Schützen sind keine Terroristen! Wir Schweizer lassen nicht zu, dass Schweizer Schützen je mit Terrorismus in Bezug gebracht werden. Schweizer Schützen sind verwurzelt in der Schweizer Miliztradition: Die Schweiz hat keine Berufsarmee. Mit ihrer allein auf Verteidigung des eigenen Landes ausgerichteten Armee vertraut der Bundesrat allen Bürgerinnen und Bürgern, von denen viele im Ernstfall die Uniform zu tragen haben. Unser Land gibt ihnen seit Jahrzehnten die persönliche Waffe, an der sie während ihrer Dienstleistung sorgfältig ausgebildet worden sind, zur Aufbewahrung zu Hause ab. Damit sie im Ernstfall ab Erhalt des Aufgebots sofort einsatzfähig sind.

Dass tausende Schweizerinnen und Schweizer auch ausserdienstlich schiessen, ist Teil des weltweit respektierten Sicherheitskonzepts der Schweiz. Dieses Konzept bleibt unangetastet. Es ist nicht nur Sicherheitsgarantie für die Schweiz. Es ist auch für alle Nachbarn, ja für ganz Europa eine unschätzbare Säule der Stabilität.

Wieder in den Kantonsrat
für den Bezirk Meilen/ZH



**Eigenmietwert
abschaffen!**



Hans-Peter Amrein
2X auf Ihre Liste hпамrein.ch



**GARANTIERT LEICHTER VERDAULICH
ALS SCHWEIZER POLITIK**

sind die Pflanzenöle von BRACK. Oliven- oder Sonnenblumenöl kaltgepresst, Distel- oder Maiskeimöl gepresst. Zum Kochen, Braten und Backen. Und für Salatsaucen.

Bestellen Sie online unter www.alfred-brack.ch und Sie erhalten die Oele direkt nach Hause.

Über 125 Jahre Tradition:
Alfred Brack AG
5502 Hunzenschwil
062 889 10 40



Schützen sind – dazu leisten sie den Tatbeweis seit Jahrzehnten – keine Terroristen. Wer sie als solche verdächtigt, der beleidigt die Schweiz.»

Angst vor Bürokraten?

Sollte solcher Tagesbefehl Brüsseler Bürokratie-Funktionäre – wie hiesige Schisshasen dies befürchten – dazu verleiten, den Ausschluss unseres Landes aus dem Schengen-System zu fordern, dann müssten eben alle Schweizer Botschafter in allen EU-Ländern zu koordiniertem Vorgehen eingesetzt werden. Sie hätten die Worte, die wir, wie hier dargelegt, vom Schweizer Chef der Armee gerne vernehmen möchten, jeder einzelnen Regierung, insbesondere jedem Sicherheitsverantwortlichen in allen EU-Ländern offiziell als Schweizer Standpunkt zu vermitteln.

Wir sind überzeugt: Es gibt auch in den EU-Ländern genügend Sicherheitsverantwortliche, welche die seit Jahren bewährte Sicherheits-Zusammenarbeit mit der Schweiz schätzen, die das Sicherheitssystem der Schweiz kennen und Schweizer Schützen niemals mit Terrorismus in Verbindung bringen. Sie wären durchaus bereit und in der Lage, sture, abgehobene Brüsseler Funktionäre auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuholen.

Warum nur werden selbst hochrangige Vertreter der Schweiz notorisch von kollektivem Knieschlotter erfasst, wenn sie bewährte Schweizer Standpunkte, tatsächlich Sicherheit gewährleistende Schweizer Prinzipien vor irgend welchen Brüsseler Funktionären vertreten müssten? Schämen sie sich der Erfolge, welche die Schweiz mit ihren eigenständig getroffenen Sicherheitsmassnahmen vorweisen kann?

Ausnahmen

Es seien zugunsten der Schützen, behauptet Bundesbern, gewisse Ausnahmen erreicht worden.

Diese Botschaft hören wir wohl. Sie ist freilich alles andere als neu – und alles andere als glaubwürdig. Wir haben diese Beteuerung erstmals serviert bekommen, als die Schweiz seinerzeit dem Schengen-System beigetreten ist.

Damals wurde den Schützen hoch und heilig versprochen, vereinbarte Ausnahmen würden die Schweizer Schützentraktion vor jeglichem obrigkeitlichen Eingriff bewahren.

Seither ist das Schengen-Recht über zweihundertmal verschärft worden. Schikane um Schikane wurde geschaffen. Die Schweiz musste immer nachziehen – automatisch.

Überdies enthält die EU-Waffenrichtlinie eine besonders perfide Bestimmung. Darin wird die EU ermächtigt, die Einhaltung der EU-Waffenrichtlinie in jedem Schengen-Staat alle fünf Jahre durch eine EU-Kommis-

sion überprüfen zu lassen. Erachtet diese Kommission irgend etwas als ungenügend, kann sie Änderungen und Verschärfungen durch die EU-Kommission direkt veranlassen – bis hin zur totalen Entwaffnung aller.

Einen solchen Freibrief darf die Schweiz der EU nie und nimmer ausstellen. Die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie am 19. Mai 2019 ist abzulehnen – um der Sicherheit unseres Landes willen.

Ulrich Schlüer



Das Büro Ha deckt auf!



Die Zuwanderung letztes Jahr betrug netto rund 55'000 Personen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit sind etwa 800'000 Ausländer «einmarschiert» aus dem EU-Raum. Und selbstverständlich vermeldet das Seco einen Rückgang der Migration. Man beachte: In der provisorischen Statistik sind nicht inbegriffen: Grenzgänger, kurzfristige Aufenthaltsbewilligungen und natürlich alle Illegalen. Die Statistik zeigt nur die EU-Einwanderung auf. Stellt sich noch die Frage, wo in der Statistik die «Einflieger» aufgeführt sind.

*

Madame Olivia de Weck ist zur Vizepräsidentin von PRO TELL gewählt worden. Selbst in der «Weltwoche» wurde sie mit doofen Sprüchen «beglückt» und in Armeeuniform (als capitaine) abgelichtet. Was soll das? Freude herrscht! Wir halten fest: Es gibt sie noch, die fähigen Frauen, die eine militärische und juristische Karriere hinlegen können. Das weckt natürlich den Neid der Mittelmass-Hosenbrunzer.

*

Ein Blick nach Westen. Der Visionär Macron hat mit seinen Illusionen auf der ganzen Linie versagt. Sogar Generäle laufe ihm davon. Die «Gilet jaune» haben gezeigt, wie man die Regierung zum Nachgeben zwingt. Und die Staatsmedien versuchen verkrampft, die Randalen dem «Front National» in die Schuhe zu schieben. Die Tage dieser Regierung sind wohl gezählt.

*

Von deutschen Nachrichtendiensten ist zu vernehmen, dass der Verfassungsschutz in Nordrheinwestfalen (NRW) seit mehr als sieben Monaten «mit Masse» sein Personal dafür einsetzt, um die AfD auszuhorchen, sprich zu überwachen. Das notwendige Personal sei aus anderen Abteilungen rigoros abgezogen worden. Von einer wirksamen Terror-Abwehr und Kontrolle der extremen Linken und Rechten kann keine Rede mehr sein. Aber im rot-grünen NRW macht die Regierung alles, um die demokratisch legitimierte AfD zu diskriminieren. Es ist die gleiche Regierung, die seinerzeit Steuergelder eingesetzt hat, um an die sogenannte «Steuer-CD» der Schweiz heranzukommen. Und es ist die gleiche (Hehler-) Regierung, die sich nicht mehr an das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz hält.

Tis Hagmann

Kampf gegen Terror?

Brüssel entwaffnet die Bürger

von Markus Melzl, Basel

Im Jahre 2017 wurden in der Schweiz nahezu 38'000 Waffenerwerbsscheine ausgestellt, und eine Erhebung bei den zuständigen Behörden in den Kantonen hat ergeben, dass die Anträge zum Erwerb einer Schusswaffe noch nie so zahlreich waren.



So sind von 2012 bis zur letzten Erhebung im Jahr 2017 die Anträge um 13'000 gestiegen – und bezeichnenderweise für den Kanton Basel-Stadt um insgesamt 85 Prozent. Zur Erinnerung: Im vergangenen Jahr ist im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der verübten Straftaten schweizweit um 6,1 Prozent gesunken, während sie im Kanton Basel-Stadt um vier Prozent gestiegen ist. Und nicht nur dieser Anstieg ist besorgniserregend, sondern auch der damit verbundene Umstand, dass Basel-Stadt den Spitzenplatz in der polizeilichen Kriminalstatistik belegt und somit für sich in Anspruch nehmen muss, der kriminellste Kanton der Schweiz zu sein.

Faktenresistente Politiker

Dazu passt auch, dass baselstädtische Parlamentarier aus dem rot-grünen Lager Regelungen fordern, die es de facto der Polizei verbieten, bei gewalttätigen Manifestationen Gummischrot einzusetzen. Notabene handelt es sich um die gleichen Politikerinnen und Politiker, welche nie eine von Gewalt und Sachbeschädigungen geprägte linke Demonstration verurteilt haben. Und jetzt fragen sich viele mit fassungsloser Blauäugigkeit, weshalb sich in diesem Stadtkanton plötzlich viele Menschen bewaffnen. Wer die Zusammenhänge nicht sieht, will diese aufgrund seines entrückten Politikverständnisses nicht erkennen oder ist schlicht und einfach dumm. Vielleicht auch beides.

Wayne LaPierre, Vizepräsident der einflussreichen amerikanischen NRA National Rifle Association, hat die Sache nüchtern und wohlthuend unromantisch auf den Punkt gebracht mit den Worten: «The only thing that stops a bad guy with a gun is a good guy with a gun.» Für die schwärmerische Gutmenschenfraktion kam zum Glück die Rettung aus Brüssel in Form der «Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 91/477/EWG über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen».

Drohung mit der Beendigung von Schengen/Dublin

Grund für diese Verschärfung des Waffenrechts sind die Terroranschläge von Paris im Herbst 2015 und die Verpflichtung der Schweiz als Mitglied des Schengen Dublin-Assoziierungsabkommens, sämtliche Weiterentwicklungen zu übernehmen. Falls sich die Schweiz weigern sollte, die Entwaffnung der Bürger zuzulassen, wird folgendes festgehalten: «Lehnt die Schweiz die Übernahme einer Schengen/Dublin-Weiterentwicklung ab, suchen die Vertragspartner gemeinsam nach einer angemessenen Lösung für die Weiterführung der Zusammenarbeit. Sollte es keine Einigung geben, kommt es zu einer Beendigung der Schengen/Dublin-Zusammenarbeit als Ganzes».

Die Gegner des verschärften Waffenrechts (IGS Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz) haben dagegen das Referendum ergriffen und in Bern über 125'000 Unterschriften eingereicht, so dass der Schweizer Souverän im Frühling darüber abstimmen darf. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unseres Landes erhalten somit die einmalige Gelegenheit, darüber zu entscheiden, ob irgendwelche EU-Beamte

Ohne klare und verständliche Botschaft kein Wahl- oder Abstimmungserfolg. Denn die Botschaft überbringt die Kernaussage Ihres Anliegens. Wir verleihen Ihrer Botschaft Flügel, damit Sie schnell Ihr Ziel erreichen.

GOAL GLOSSAR

 **Botschaft**

Botschaft

abgel. v. «Bote»; <lat.> nuntius (Bote, Botschaft)

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

und EU-Kommissare die zuständige Instanz sein soll, vom fernen Brüssel aus das Schweizer Volk zu entwaffnen. EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker begrüsst die neuen Bestimmungen, weil dadurch den Terroristen keine Waffen mehr in die Hände fallen würden. Da es in der Zwischenzeit dem hinterletzten EU-Euphoriker gedämmert hat, dass zur Verhinderung von Terroranschlägen nicht regulär angeschaffte Schusswaffen, sondern primär Lastwagen zu verbieten wären, werden nun die Verbotsgründe prophylaktisch ausgeweitet.

Ein überzeugtes Nein in die Urne

Plötzlich sprechen gewisse Kreise nicht mehr von Terrorverhinderung, sondern argumentieren mit der Verhinderung von häuslicher Gewalt und von Suiziden. SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga war sich in ihrer früheren Funktion als EJPD-Chefin auch nicht zu schade, die steigenden Suizidzahlen als Argument anzuführen. Dabei hat sie wissentlich verschwiegen, dass für den Anstieg der Selbsttötungen nicht Schusswaffen, sondern die assistierten Suizide im Rahmen der Sterbehilfe verantwortlich sind.

Im Zusammenhang mit der Abstimmung von 19. Mai 2019 sollte sich jeder Bürger unseres Landes vor dem Ausfüllen des Stimmzettels folgende Frage stellen: Bei wie vielen Terroranschlägen im gesamten Schengen-Raum wurden Schweizer Ordonnanz-

Waffen verwendet? Und da diese statistische Grösse gegen Null tendiert, ist ein eindeutiges «Nein» in die Urne zu legen.

Markus Melzl

Markus Melzl ist ehemaliger Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt.

Churz & Bündig

Filme zu geschichtlichen Themen locken Zuschauer an. Wir haben «Mary, Queen of Scots» angeschaut. Ein interessanter Film zu einem dramatischen Kapitel Weltgeschichte. Dass gendersüchtige Gegenwarts-Ideologie der historischen Auseinandersetzung in diesem Film mitunter im Weg steht, kann man in Anerkennung künstlerischer Freiheit noch akzeptieren. Aber lächerlich wird's, wenn Antirassismus-Ideologie nach teils dunkelhäutigem Gefolge in den Entouragen der beiden Königinnen verlangt. Wie nur wären diese Afrikaner nach England und Schottland gelangt, bevor England seine Herrschaft über die Weltmeere zu entfalten begann?

Man kann auch solch allzu gestelzte Antirassismus-Ideologie verkraften – indem man gespannt erwartet, ob bald einmal «Onkel Toms Hütte» neu verfilmt wird. Ob uns darin als Onkel Tom vielleicht gar ein Chinese entgegnet wird?

us

Ihr Partner bei

FIRMENGRÜNDUNG

Wir beraten Sie gerne und zeigen Ihnen die betrieblichen und steuerrechtlichen Vor- und Nachteile der einzelnen Gesellschaftsformen (Aktiengesellschaft, GmbH oder Einzelfirma)

- Buchhaltungen
- Steuerberatung
- Jahresabschlüsse
- Revisionen
- Personaladministration
- Vermögensverwaltung
- Unternehmensberatung
- Gesellschaftsgründungen

FIDURA

FIDURA TREUHAND AG
Gotthardstrasse 20, CH-6300 Zug
Tel. +41 41 711 79 32, www.fidura.ch

Geschäftsleitung:
Dr. Hans Durrer, Verwaltungsrat
Roland Arnold, Eidg. dipl. Treuhandexperte

Für Sicherheit & Stabilität

www.jhofer.ch



Jacqueline
Hofer

wieder in den Kantonsrat

- ▶ Kantonsrätin (Bezirk Uster)
- ▶ Stadträtin Dübendorf
- ▶ Verwaltungsrätin Spital Uster
- ▶ Justizkommission des Kantons Zürich
- ▶ Parlamentarische Gewerbegruppe, Wohn- und Grundeigentum, Sport
- ▶ Vorstand KMU und Gewerbeverband Kt. Zürich
- ▶ Präsidentin Bezirksgewerbeverband Uster
- ▶ Mitglied HEV Dübendorf & Oberes Glattal / Uster

**2x auf
Ihre Liste**

ahkampfspenden:
+91 0900 0000 6189 6569 3



Und in den Regierungsrat:
Natalie Rickli und **Ernst Stocker**



SVP
Liste 1

Ein Kindsmisbrauch

Die missbrauchte Umwelt-Ikone

von Vera Lengsfeld, DDR-Bürgerrechtlerin, später Mitglied des Bundestags, Publizistin

Seitdem die 16-jährige Schwedin Greta den «Friday for Future» ausgerufen hat und – statt zur Schule zu gehen – vor dem Parlament für Klimaschutz demonstriert, ist ihre Aktion zur länderübergreifenden Bewegung angewachsen.



Greta, deren Vater ein schwedischer Umweltaktivist ist, sprach eindringlich über die Notwendigkeit, den CO₂-Ausstoss drastisch zu reduzieren – ohne zu bemerken, dass diese Klimakonferenzen, die jährlich mit grossem Aufwand stattfinden eben diese die CO₂-Emission drastisch in die Höhe treiben. Dafür sorgt schon die Autoflotte der besorgten Klim

schützer. Greta schien auch nicht zu begreifen, dass diese Konferenzen ausser leerem Gerede um den immer gleichen heissen Brei nichts bringen, ausser Spesen natürlich und kostenlose Schlemmerei an den üppigen Büffets.

Der Jungstar

Seit Katowice ist Greta der Jungstar der Klimaschützer-Szene. Ihre Rede wurde nicht nur in Deutschland breit kommentiert, die Freitags-Demos bekamen ungeahnten Zulauf. Um den Medienhype nicht abflauen zu lassen, entschied sich Greta (oder ihr Vater für sie) auch in Davos beim Weltwirtschaftsforum aufzutreten. Schon die Reise dorthin war ein PR-Erfolg. Dreissig Stunden mit dem Zug dauerte die Hin-fahrt. Nur Miesmacher bemerkten, dass die junge Klima-Besorgte im Abteil von reichlich Plastikmüll umgeben war. Auf dem Weltwirtschaftsforum wurde Greta trotz ihrer kurzfristigen Ankündigung eifertig ein Forum bereitet, allerdings erst am Freitagmorgen, als viele Konferenzteilnehmer bereits abgereist waren. Was Greta der von ihr als Verbrecher titulierte Wirtschaftselite zu sagen hatte, war mehr als erstaunlich: «Erwachsene sagen immer wieder: Wir sind es den jungen Leuten schuldig, ihnen Hoffnung zu geben. Aber ich will eure Hoffnung nicht. Ich will, dass ihr in Panik geratet, dass ihr die Angst spürt, die ich jeden Tag spüre.»

Keine Hoffnung?

Eine 16-Jährige, die keine Hoffnung, sondern Panik hat, eine Jugendliche, die ihre Angst, die sie täglich spürt, anderen einimpfen will? Spätestens da stellt sich für mich die Frage nach der Rolle von Gretas Eltern. Wie können sie es zulassen, dass ihre Tochter eine solche Angstpsychose hat? Was treibt sie, ihre Tochter so der Welt vorzuführen, ihr Kind Angst, Schrecken und Panik propagieren zu lassen?

Welchem Ethos folgen die Journalisten, die Greta bedenkenlos zum Medienstar machen? Auf der Schülerdemo in Davos, wird berichtet, gab es mindestens ebenso viele Journalisten, wie Schüler. Es dauerte einige Zeit, bis sich der

Pressepulk so weit geöffnet hatte, dass einige Schüler in die Nähe der neuen Umweltikone vordringen konnten. Was hat ein solches Spektakel noch mit Sorge um die Umwelt zu tun?

«Wenn ich Dinge sage, fühlen sich die Erwachsenen schuldiger», verkündete Greta in verblüffender Offenheit. Damit kommen wir einer Erklärung für das Ganze nahe. In Zeiten, in denen das Wetter gar nicht daran denkt, sich an die alarmistischen Prognosen der Klimalobby zu halten, in denen es entgegen den Voraussagen auch zwanzig Jahre nach dem behaupteten Ende immer noch Winter in Europa gibt, sogar mit viel Schnee, zweifeln immer mehr Menschen an der so genannten Klimaerwärmung.

Die Klimaschutz-Profiteure

Da müssen die Klimaschutzprofiteure unbedingt dagegen halten, denn es gibt inzwischen unzählige Klimaaktivisten, die ihren Lebensunterhalt mit dem Kampf gegen die Erderwärmung bestreiten. Fördergelder unterhalten ganze Klimaforschungsinstitute, die Klimaschutzindustrie boomt, der moralische Bonus erhebt jeden Klimastreiter. Da sind Zweifel gefährlich. Die Erzeugung von Schuldgefühlen ist eine wirksame Gegenstrategie. Die Erwachsenen sollen sich schuldig fühlen, damit die Klimalobby weiter machen kann, wie bisher.

*

Für mich ist der Hype um Greta ein Kindesmissbrauch der schlimmsten Art. Ein Missbrauch, der bei Greta nach eigenem Eingeständnis Angst und Panik erzeugt. Wenn das Mädchen mit dem Asberger-Syndrom unter dem Druck, dem es ohne Skrupel von erwachsenen Aktivisten ausgesetzt wird, zusammenbricht, wird sie bald vergessen sein und die Folgen ihres kurzen Ruhms allein bewältigen müssen. Die Klimakarawane zieht dann ohne Greta weiter.

Vera Lengsfeld

Alle Kantone
Steuererklärung 2018
für natürliche Personen
Staats-, Gemeinde- und direkte Bundessteuer
99999
Herr
Muster Hans
Teilsstrasse 99
8000 Zürich

www.bjt.ch 044 811 34 12

B. Jud Treuhand
Europastrasse 4, 8152 Glattbrugg

Kontaktperson:
Paul Wenger
SVP Landrat (BL)
079 456 59 11

Wendehälse und Notstands-Hysteriker



Im Grossen Rat Basel-Stadt wurde mittels Resolution der sogenannte «Climate Emergency» ausgerufen. Die Resolution kam auf Initiative von Schülern zustande. Am Text, und vor allem auch an der Umbenennung von «Klimanotstand» in «Climate Emergency», haben dann vornehmlich Politiker aus dem linken und linksliberalen Spektrum mitgearbeitet. Wenig

überraschend haben danach im Parlament mit Ausnahme der SVP alle Parteien, also auch die sogenannten «wirtschaftsfreundlichen» Bürgerlichen, der wirtschafts- und standortfeindlichen Resolution zugestimmt. Dies, obschon sich alle einig waren, dass natürlich kein Notstand herrscht.

Nun kann man beim Thema «Klimaveränderung» unterschiedlicher Meinung sein. Sich als bürgerliche Parteien jetzt aber knapp sieben Monaten vor den eidgenössischen Wahlen hinter populistische linke Anliegen zu stellen und Plastikverbote, Flugpreisticket-Zuschläge oder gar einen Benzinsteueraufpreis zu verlangen, ist unehrlich. Anstatt den Bürger zu bevormunden und ihn in eine unsägliche Klimahysterie zu treiben, sollte die Politik die Fakten der

Bevölkerung nicht vorenthalten: Erstens unternimmt die Schweiz in Bezug auf die Klimapolitik schon heute viel. Zweitens ist ein wesentlicher Teil der Klimaproblematik der ungebremsten Zuwanderung zuzuschreiben. Drittens haben wir das Problem hauptsächlich verursacht durch die Auslagerung ganzer Industrie- und Produktionszweige in billig produzierende Länder, in welchen der Klimaschutz überhaupt nicht ernstgenommen wird.

Gerade in Bezug auf die Zuwanderungsproblematik, durch die Missachtung von Volksentscheiden und die Auslagerung von heimischen Arbeitsplätzen in Drittweltländer – sowie durch eine immer stärkere Reglementierung der Unternehmen durch den Staat – haben just diese Parteien die Situation zu verantworten, welche jetzt wendehalsartig auf Grün umschwenken. Dieses unehrliche Verhalten hilft weder dem Klima noch stärkt es das Vertrauen der Bürger in die Politik. Schon in der Bibel steht: «An ihren Taten sollt ihr sie erkennen». Offensichtlich haben die Gös-sis der Nation diese Worte längst vergessen. Sie springen lieber auf den linken Mainstream-Zug auf. Man macht ja Politik hauptsächlich zum Selbstzweck – für die Wahlen im Herbst 2019.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt

??? Frage der Woche Lösung

Die Frage in der «Schweizerzeit» Nr. 3/2019 lautete: «Innert welcher Zeitspanne vermehrt sich die Bevölkerung Afrikas um eine Million?»

Richtig ist Antwort (A): innert 12 Tagen

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

Barbara
Grüter
- Baumgartner **bisher**

Freiheit und
Unabhängigkeit
wahren

am 24. März
wieder in den Kantonsrat

SVP Liste 1

PRO + LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für
Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
www.prolibertate.ch

Einladung zum
öffentlichen Vortrag von

Alexander Ott

Co-Leiter des Polizeinspektorats
der Stadt Bern, Vorsteher der
städtischen Fremdenpolizei



«Migrationsmanagement – eine Annäherung»

☒ Samstag, 9. März 2019

☒ Landgasthof Schönbühl,
Alte Bernstrasse 11, 3322 Urtenen-Schönbühl

☒ Beginn des Referats: 11.00 Uhr
(vorgängig um 10.15 Uhr: PRO LIBERTATE Hauptversammlung)

Kontakt bei Fragen: 079 302 10 09 (Thomas Fuchs, Präsident)

Das institutionelle Abkommen (InstA) Schweiz-EU im Wortlaut (Teil1)



Auszüge aus dem InstA

hf. Nachdem nun der Rahmenvertrag Schweiz-EU (Institutionelles Abkommen oder InstA genannt) im Wortlaut auf Deutsch vorliegt, publiziert die «Schweizerzeit» ab heute in jeder Ausgabe einen Teil des Vertrags im Wortlaut. So können Sie sich, verehrte Leserinnen und Leser, selbst eine Meinung bilden über Sinn oder Unsinn dieses Vertragswerks.

ABKOMMEN ZUR ERLEICHTERUNG DER BILATERALEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT IN DEN BEREICHEN DES BINNENMARKTS, AN DENEN DIE SCHWEIZ TEILNIMMT

DIE EUROPÄISCHE UNION, einerseits, und

DIE SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT, nachfolgend «Schweiz» genannt, andererseits,

nachfolgend «VERTRAGSPARTEIEN» genannt,

IN BEKRÄFTIGUNG der grossen Bedeutung, die sie den privilegierten Beziehungen beimessen und die auf ihrer Nachbarschaft, ihren gemeinsamen Werten und ihrer europäischen Identität, welche die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten und die Schweiz verbinden, basieren;

INGEDENK der Tatsache, dass die Europäische Union und die Schweiz durch zahlreiche bilaterale Abkommen in verschiedenen Bereichen miteinander verbunden sind, die spezifische Rechte und Pflichten enthalten und in mancher Hinsicht jenen innerhalb der Europäischen Union entsprechen;

UNTER HINWEIS DARAUF, dass das Ziel dieser bilateralen Abkommen darin besteht, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz (...) zu festigen;

IN DER ÜBERZEUGUNG, dass der kontinuierliche und ausgewogene Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Parteien auch eine Modernisierung der Instrumente erfordert, die der wirtschaftlichen Beziehung zwischen der Europäischen Union und der Schweiz zugrunde liegen, darunter das 1972 unterzeichnete Freihandelsabkommen (FHA1972); im Bestreben, die Verwaltung dieser Abkommen zu klären sowie effizienter und flexibler zu gestalten und somit die Beteiligung der Schweiz am EU-Binnenmarkt zu verbessern (...); in Erwägung der Möglichkeit, durch einen entsprechenden Beschluss des Gemischten Ausschusses des jeweiligen Abkommens zwischenzeitlich das durch das vorliegende Abkommen eingerichtete Schiedsgericht zu nutzen;

UNTER BETONUNG der Bedeutung der Massnahmen, die zur Reduktion der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zwischen ihren Regionen beitragen, und unter Hinweis auf die autonomen Beiträge der Schweiz an verschiedene Projekte und Programme in der Europäischen Union angesichts ihres Zugangs zum EU-Binnenmarkt;

ENTSCHLOSSEN, die Beteiligung der Schweiz am Binnenmarkt der Europäischen Union auf der Basis derselben Regeln, die für den Binnenmarkt gelten zu stärken und zu vertiefen, unter Wahrung der Unabhängigkeit der Vertragsparteien sowie jener ihrer Institutionen und – in Bezug auf die Schweiz – unter Wahrung der Grundsätze der direkten Demokratie und des Föderalismus;

IM BESTREBEN, zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der Europäischen Union und den Schweizer Behörden, einschliesslich des Europäischen Parlaments und der Bundesversammlung, beizutragen;

IM BEWUSSTSEIN der Notwendigkeit eines institutionellen Rahmens, der in den Bereichen des Binnenmarkts, an denen die Schweiz teilnimmt, für Homogenität sorgt und alle einschlägigen bestehenden und künftigen bilateralen Abkommen abdeckt;

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, folgendes Abkommen zu schliessen:

TEIL I

ZIELE, GRUNDSÄTZE UND GELTUNGSBEREICH

Artikel 1, Ziele

1. Dieses Abkommen bezweckt im Allgemeinen, den Vertragsparteien, Wirtschaftsakteure und Privatpersonen in den Bereichen des Binnenmarkts, an denen die Schweiz teilnimmt, eine grössere Rechtssicherheit sowie die Gleichbehandlung zu garantieren (...)
2. Dieses Abkommen schafft einen neuen institutionellen Rahmen, der einen kontinuierlichen und ausgewogenen Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien ermöglicht.
3. Zu diesem Zweck definiert dieses Abkommen, unter Berücksichtigung der Grundsätze des Völkerrechts, insbesondere die gemeinsamen Grundsätze für die institutionellen Bestimmungen der betroffenen Abkommen in Bezug auf:
 - das Verfahren zur Übernahme von Rechtsakten der EU in den Bereichen der betroffenen Abkommen,
 - die einheitliche Auslegung und Anwendung dieses Abkommens, der betroffenen Abkommen und der Rechtsakte der Europäischen Union, auf die darin Bezug genommen wird,
 - die Überwachung der Anwendung der betroffenen Abkommen,
 - die Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit den betroffenen Abkommen.

(Fortsetzung folgt)

Klartext zu Eritrea

Auch im vergangenen Jahr hat die Ex-EJPD-Chefin Sommaruga im Zusammenspiel mit der Asylindustrie ein nach wie vor düsteres Bild von Eritrea gezeichnet. Im Gegensatz dazu sieht man das auf dem afrikanischen Kontinent offenbar völlig anders. Die südafrikanische Wochenzeitung «Mail&Guardian» ist ein links-liberales Blatt und für seinen investigativen Journalismus auch international bekannt. In einem Report über die Länder Afrikas im Jahr 2018 wird Eritrea ausgesprochen positiv erwähnt.

«Mail@Guardian» vom 3. Januar 2019 schreibt: *«Der neue Premierminister Abiy Ahmed hat schon so viel erreicht, dass man darüber schnell vergisst, dass er erst seit April 2018 im Amt ist. Er hat den staatlichen Notstand beendet, tausende von politischen Gefangenen frei gelassen, die diplomatischen Beziehungen wieder normalisiert, ein personell überladenes Kabinett drastisch zurückgestutzt, einen Oppositionsführer als Chef der Planungskommission für die kommenden Wahlen ernannt, die Korruptionsbekämpfung beim Militär an die Hand genommen und den Geheimdienst unter zivile Führung gestellt. Vor einem Jahr wären solche Reformen undenkbar gewesen. Nachdem die Welt mehr und mehr autoritär wird und populistische Führer an Stärke gewinnen, ist Abiy eine bemerkenswerte Ausnahme.»*

Es ist wirklich erstaunlich, mit welcher dreister Realitätsverweigerung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF bezüglich Eritrea Asylpolitik betrieben wird und wie damit Unsummen auf Kosten des Steuerzahlers verschleudert werden. Eine erste Priorität für die neue Justizministerin Karin Keller-Sutter muss es sein, in diesem Bereich Remedur zu schaffen. Und das heisst: Vorab mit der neuen eritreischen Staatsführung Mittel und Wege zu finden, um das Heer der grössten Asylbewerbergruppe in der Schweiz geordnet zurückzuführen und einen weiteren Zustrom zu stoppen.

Jürg L. Steinacher, Walchwil

Den Tatbeweis liefern!

Die Medien jubeln über die «erfolgreiche Asylpolitik» von Frau Sommaruga: «Nur» 15'255 neue Gesuche im Jahr 2018 – der tiefste Stand seit 11 Jahren! Die Realität zeigt jedoch ein anderes Bild: Die Zahl der «Personen des Asylbereichs» ist auf 123'379 angestiegen – davon wurden rund 47'000 «vorläufig aufgenommen». Obwohl ihr Gesuch abgelehnt wurde, bleiben sie hier, weil ihre Rückführung angeblich nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar ist. Rund 19'000 Gesuchsteller erhielten im Jahr 2018 ein Bleiberecht. Dem stehen nur 15'000 «Abgänge», davon 5'400 «unkontrollierte», gegenüber. Eine krasse Negativ-Bilanz.

Die meisten Gesuche, 2'825 im vergangenen Jahr, stammen immer noch von jungen Eritreern, obwohl fast alle – weil nicht an Leib und Leben bedroht – gemäss Genfer Konvention keine Flüchtlinge sind. Dennoch wurden im vergangenen Jahr 59 Prozent als Flüchtlinge anerkannt, und fast 20 Prozent wurden «vorläufig» aufgenommen. Die Konsequenz: Die Asylkosten gehen in die Milliarden und belasten immer mehr Gemeinden.

Im Übrigen hat der momentane Rückgang der Gesuche nichts mit der «erfolgreichen» Asylpolitik von Bundesrätin Sommaruga zu tun. Er ist die Folge der italienischen Abhaltepolitik unter Innenminister Matteo Salvini, der die «Mittelmeerroute» weitgehend unterbunden hat. Die Völkerwanderung wird jedoch wieder anschwellen, sobald die Schlepper neue Wege finden. Die Bevölkerung Afrikas nimmt alle 12 Tage um eine Million zu, und die Schweiz bleibt für Asylsuchende sehr attraktiv.

Darum müssen wir uns auf die Hilfe vor Ort konzentrieren, die Grenzkontrollen verschärfen, mit Eritrea ein Rückübernahmeabkommen abschliessen und die «Botschaft» nach aussen senden: «In der Schweiz kann nur bleiben, wer an Leib und Leben bedroht ist!» Die neue Asylverantwortliche, Bundesrätin Keller-Sutter, muss nun, nach vielen Vorschusslorbeeren, den Tatbeweis erbringen.

Hans Fehr

Malerei AG, Spritzwerk
Farbencenter



Bösiger

041 761 99 27
www.malerboesiger.ch



Lieber gemeinsam als einsam?

Ich vermittele seriöse Singles aus allen Alters- und Berufskategorien in der ganzen Schweiz aus meinem aktuellen, grossen Mitgliederpool bis zum Erfolg!

Ich freue mich, Sie und Ihre Partnerwünsche bei einem persönlichen, unverbindlichen und kostenlosen Beratungsgespräch kennenzulernen und auch Sie zu verlieben!

Ursula Carissimi, Tel. 079 633 32 20
Viele Kundenprofile und mehr Infos finden Sie auf www.partnerlife.ch

Die persönliche Partneragentur für Ihren Lebenspartner mit Niveau

Mit Geschichtsfälschung gegen den Nationalstaat



Der Kampf gegen den Nationalstaat und seine Anhänger wird von Berufseuropäern, Internationalisten und Staatskünstlern seit langem mit der Nazikeule geführt.

Eine neue Variante hat der Wiener Schriftsteller Robert Menasse eingeführt: Eine Rede des ersten Kommissionspräsidenten der damaligen EG (Vorgängerin der EU), Professor Walter Hallstein, gehalten 1958 auf dem Gelände des Konzentrationslagers Auschwitz, mit folgender Kernbotschaft: Die Europäische Einigung und Überwindung der Nationalstaaten – im Klartext ihre Auflösung durch Entmachtung – ist die Antwort auf Auschwitz. Dumm ist nur: Es hat diese Rede nie gegeben. Sie ist frei erfunden.

Robert Menasse ist zur einen Hälfte ein produktiver Schriftsteller und Preisträger, zur andern ein sehr engagierter «Berufseuropäer», immer einer, der sich dem Diskurs mit Anhängern souveräner Nationalstaaten stellt.

Ganz anders die Genderforscherin Franziska Schutzbach, Autorin von «Die Rhetorik der Rechten». Sie befürchtet, dass es nicht gelinge, die Rechten auf «formal-demokratischem Weg» zurückzudrängen. Deshalb müsse das durch «Boikotte und Ausgrenzung» geschehen: Indem Taxiunternehmen und Fluglinien sich weigern, SVPler zu transportieren oder indem Parlamentarier SVP-Initiativen für ungültig erklären und sofort den Saal verlassen, sobald ein Rechter den Mund aufmacht. Jeder freie Diskurs – Voraussetzung jeder Demokratie – sei den Rechten zu verweigern.

Immerhin ist Schutzbachs Lehrauftrag an der Universität Basel nicht mehr verlängert worden.

Bei aller künstlerischen Freiheit ist es sehr bedenklich, dass ein begabter Schriftsteller wie Manesse in seinem unkritischen, paneuropäischen Furore nicht erkennt, wie tief unanständig, ja obszön der Missbrauch der Ermordeten von Auschwitz zur Bekämpfung demokratisch legitimierter Befürworter des Nationalstaates ist.

Markus Eckstein, Goldach



Churz & Bündig

Für den weiteren Ausbau des Handynetzes seien im Rahmen der fünften Generation (5G) mindestens 15'000 zusätzliche Antennen in der Schweiz zu montieren. Warum bleiben angesichts des dafür erforderlichen Verschleisses an Energie und Rohstoffen alle Demonstranten so plakativ stumm? Etwa, weil sie in ihrer persönlichen, exzessiven Handy-Nutzung nicht gestört werden wollen?

us

AUS GRENDELMEIERS
«REICH DER MENSCHEN»



Erwachsene

Ich weiss noch gut, wie ich als Knabe Erwachsene beneidet habe.

Die hatten stets auf alle Fragen so viel Gewichtiges zu sagen.

Nun bin ich selbst ein alter Klaus, doch komm' ich nach wie vor nicht draus.

Kanton St. Gallen

Dipl. Betriebswirtschafter NDS HF,
Fleischfachmann EFZ,
Kantonsrat, Berneck, SVP

Mike EGGER

am 10. März in den Ständerat

ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60



Das Büro Ha deckt auf!



Zum Bundesgericht (BG). Weshalb haben wir über die Selbstbestimmungsinitiative abgestimmt? Zwei «Gerichtsurteile» waren der Ursprung. 2012 hat das BG einen notorischen Drogendealer aus Mazedonien nicht ausschaffen lassen, da er seit dem 7. Lebensjahr in der Schweiz lebe. Das BG hat in diesem Fall explizit das sogenannte Völkerrecht über unser Landesrecht gestellt. Moralisch, ethisch und rechtlich fragwürdig. Alt Bundesrichter Schubarth sprach sogar von einem «juristischen Staatsstreich». Ein weiteres unverständliches Urteil fällt das BG im Jahre 2015, als es einer sozialhilfe-abhängigen Dominikanerin das Bleiberecht für sich und ihren Sohn in der Schweiz entzog. Dabei stütze sich das BG auf das Freizügigkeitsabkommen mit der EU und stellte damit das EU-Recht über das Schweizer Recht. Damit hat das BG zwei gefährliche Präzedenzfälle geschaffen.

Damit sind wir wieder bei der Abstimmung über die Selbstbestimmungsinitiative, über die im Vorfeld völlig tendenziös berichtet wurde. Das BG hat sich durch diese beiden Urteile selbst als willfähiges Instrument qualifiziert. Damit ist der Übernahme des «Automatismus» des Völkerrechtes (über dem Landesrecht) Tür und Tor geöffnet. In höchstens 3–5 Jahren spricht dann das BG von «Usanz». Wir werden sehen, was uns das kosten wird.

*

Mehrfach haben wir auf die Fehlbeschaffung des neuen 12cm Panzer-Mörser hingewiesen – nachdem die Festungsminenwerfer, eines der besten Zwillingswerfer-Systeme der Welt, das 1 Milliarde Franken gekostet hat, liquidiert wurde. Das in die Beschaffung gehende neue System entspricht nicht den Anforderungen des Pflichtenheftes und schon gar nicht den Bedingungen auf dem Gefechtsfeld. Die Russen sind da pragmatischer: Auf einem Panzerhaubitzen-Chassis haben sie den neuesten Panzer-Mörser in Dienst gestellt: Kaliber 240mm (!), Einsatzdistanz 9 km, mit Raketengesossen 20 km. Das ist also die doppelte Leistung unserer «Entwicklung». Und die Kanistergesossen haben wir bekanntlich auch abgeschafft.

Tis Hagmann

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2019: mindestens Fr. 70.–

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Mail-Adresse: _____

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Churz & Bündig

Economiesuisse hat den Kopf verloren und unterstützt das Institutionelle Abkommen (InstA) mit der EU gemäss dem vom Bundesrat vorgelegten Entwurf. Es gehe schliesslich um die «Weiterentwicklung des bilateralen Weges». Mit dieser Wortwahl nimmt der Dachverband der Schweizer Wirtschaft entweder die EU oder unsere Bevölkerung oder alle beide nicht ernst. Denn mit dem InstA wird der bilaterale Weg nicht weitergeführt, sondern definitiv zerstört.

Thomas Matter, Nationalrat SVP/ZH



A3-Farb-Drucker, -Kopierer, -Scanner und Fax von Brother dank MPS für 120.– statt 349.– (Sie erhalten zudem eine Treueprämie von 60.–)

Weitere Angebote:

• Farblaser-Drucker A4: 69.– statt 349.– • Mono-Laser-Drucker A4: 49.– statt 319.–

mit 5 Jahren VorOrt-Garantie, MPS und fixen Kopien-Preisen von 20 Rp. farbig, 2,5 Rp. mono exkl. MWST., alles inbegriffen. Gilt nur für Firmen mit Netzwerk.

50% Rabatt auf Gross-Systeme A3. Gilt auch für die Optionen wie Finisher, Heften, Lochen, GrossraumKassette, Binden, Mailbox-Ablage.

Seitenkosten: farbig 4 Rp. mono 0,4 Rp. Wieviel bezahlen Sie jetzt?

OCOTEX AG - 041 799 50 00



Patrick Walder

am 24. März 2019
in den Kantonsrat

- ▶ Präsident SVP Dübendorf
- ▶ Gemeinderat Dübendorf
- ▶ Parteilung SVP Kanton Zürich

Treuhänder

www.patrick-walder.ch

facebook.com/patrickwalderpolitik

Und in den Regierungsrat:
Natalie Rickli und Ernst Stocker



Erlebnisse nach 35 Jahren aktiver Politik (Teil 17)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, alt Nationalrat SVP, Eglisau



Nach den Regierungsrats- und Kantonsratswahlen vom Frühjahr 1991 stehen schon bald die Nationalrats- und Ständeratswahlen vor der Tür. Die Nationalräte Konrad Basler, Hans-Ulrich Graf und Rudolf Reichling teilen der Parteileitung mit, dass sie im Herbst nicht mehr kandidieren werden, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Erneut antreten werden Christoph Blocher, Willi Neuenschwander und Walter Frey.

An einer denkwürdigen Delegiertenversammlung mit 300 Teilnehmern fällt der Beschluss, dass die Zürcher SVP im Herbst (wieder) einen Ständeratssitz erobern und mit zwei Listen für die Nationalratswahlen antreten will. Letzteres kostet zwar im grossen (und damals noch zeitungsreichen Kanton Zürich) viel Geld, erlaubt aber gleichzeitig, dass doppelt so viele Kandidaten mit ihrem Stimmenpotential antreten können. Der Kanton wird aufgeteilt in die Liste «WEST» mit den Regionen Zürich-Limmattal, Unterland, Säuliamt bis See, angeführt von Walter Frey, und in die Liste «OST» mit den Regionen Winterthur/Weinland, Oberland bis See, angeführt von Christoph Blocher.

Christoph Blocher stimmt die Versammlung mit einer Brandrede auf die kommenden nationalen Wahlen ein: «Nachdem die SVP zweitstärkste Partei geworden ist und 5'000 neue Wählerinnen und Wähler gewonnen hat, gilt es nun, dem Vertrauen des Volkes gerecht zu werden. Der Kampf für bessere Zustände in der Asylpolitik, in der Drogenfrage, für eine bessere Situation im Boden- und Wohnungsbereich, für eine starke Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze und sichere Renten ist mit aller Energie weiterzuführen!» Gleichzeitig müsse der Überreglementierung, der zunehmenden Bürokratie und der Wirtschaftsfeind-

lichkeit der rot-grünen Kreise die Stirn geboten werden. Scharf verurteilt Blocher zudem die EG-Phantasten, die den Beitritt predigten, was wesentliche Einbussen an Föderalismus, Volksrechten, Einkommen und Wohlstand zur Folge hätte.

*

Natürlich feiern wir als SVP des Kantons Zürich trotz aller Wahlvorbereitungen auch die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft gebührend, und zwar am 14. September 1991, auf dem Vorderen Pfannenstiel ob Meilen. Wir sind uns der Bedeutung des Anlasses bewusst. 700 Jahre Eidgenossenschaft sind keine Selbstverständlichkeit. In der Einladung an alle Parteimitglieder und -Sympathisanten steht: «Unser Land hat in seiner 700-jährigen Geschichte Höhen und Tiefen erlebt. Bedrohungen von aussen, innere Zwistigkeiten und gar Bruderkriege blieben der Schweiz nicht erspart. Umso mehr wollen wir dieses Ereignis würdig feiern – als Anlass der Dankbarkeit, der Freude und der Besinnung.»

Der Grossanlass mit Ansprachen von Christoph Blocher und alt Bundesrat Leon Schlumpf, mit Landeshymne und Festakt, Darbietungen von Vereinen und musikalischen Einlagen, sowie verschiedenen Attraktionen für Kinder und Erwachsene wird zu einer eindrücklichen Manifestation für unsere Heimat – und schliesslich zu einem fröhlichen Fest. Parallel dazu kommen im Parteiorgan «Der Zürcher Bote» und im «Zürcher Bauer» bekannte Persönlichkeiten zum Thema «700 Jahre Eidgenossenschaft» zu Wort: So Professor Dr. Rolf Dubs, Rektor der Hochschule St. Gallen; Dr. Heinrich Rohr, Historiker aus Brugg; Bundespräsident Flavio Cotti; alt Bundesrat Georges-André Chevallaz; Unogeneralsekretär Javier Pérez de Cuéllar (zum Thema «Die Schweiz als dreifaches Wunder») – und sogar Professor Dr. Georg Kreis von der Universität Basel, der sich – damals noch nicht im Sog der Bergier-Kommission – kompetent zum Thema «Lebendiger Wilhelm Tell» äussert.



Unsere ausgezeichneten

MEILENSTEIN – Weine

aus unserem Rebberg in Berg am Irchel im Zürcher Weinland,
gekeltert in der Kartause Ittingen.

RIESLING-SYLVANER (2017)

PINOT NOIR Selection (2017)

PINOT NOIR Prestige Barrique (2015)

Exklusiv für «Schweizerzeit»-Leser(innen): **Pro Doppelpack Fr. 25.-**
Bestellen bei Hans Fehr, Eglisau, 079 341 54 57 / hans-fehr@hans-fehr.ch
oder Thomas Düsel, Küssnacht, 076 567 19 00 / thomas.duesel@gmx.ch

Jetzt bestellen!

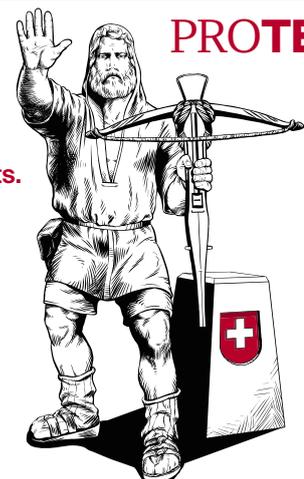
Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht
Société pour un droit libéral sur les armes
Società per un diritto liberale sulle armi

**Geeint sind wir stark.
Unis, nous sommes forts.
Uniti siamo forti.**

Jetzt Mitglied werden!
Inscrivez-vous maintenant!
Iscrivetevi subito!

www.protell.ch/jetzt
www.protell.ch/maintenant
www.protell.ch/subito

☎ 031 312 19 78



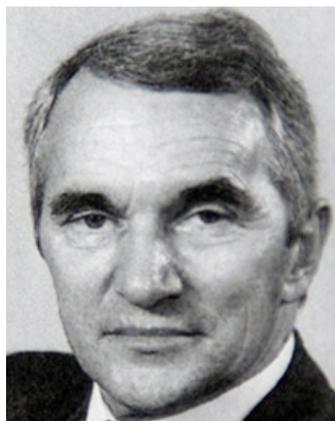
PROTELL

Anfang August 1991 lässt die Parteispitze die politische «Bombe» platzen: Werner Vetterli hat sich bereit erklärt, für den Ständerat zu kandidieren. Auch Regierungsrat Hans Hofmann ist von der Partei für dieses wichtige Amt an vorderster Stelle in Erwägung gezogen worden. Er erteilt uns aber schliesslich eine Absage mit folgender Begründung: «Die gründliche und seriöse Wahrnehmung meiner Amtspflichten im Zürcher Regierungsrat verbietet eine solche Doppelbelastung. Die heutige Geschäftslast, sowohl in der kantonalen Exekutive als auch in den eidgenössischen Räten, zwingen einen zürcherischen Regierungsrat, sich auf ein Mandat zu konzentrieren. Es wäre nicht zu verantworten, wenn – sei es im Regierungsrat oder im Ständerat – bei der Gründlichkeit der Erledigung Abstriche gemacht werden müssten.» Die Absage fällt Hans Hofmann umso leichter, als er von der Kandidatur Vetterli von Anfang an überzeugt gewesen ist.

Werner Vetterli, *1929 und aufgewachsen in Stäfa, ist ein Glücksfall. Der national bekannte Radio- und Fernsehmann, ursprünglich Lehrer, war von 1971-88 Produzent und Redaktor für Grossreportagen, u.a. der bekannten Sendereihe «Heute Abend in», sowie verantwortlich für die Liveübertragungen der wichtigsten Grossanlässe zu «700 Jahren Eidgenossenschaft». So hat er sich ein vertieftes Wissen über das Wesen der Schweiz und ihrer besonderen politischen Struktur angeeignet, und er hat eine grundsolide bürgerliche Gesinnung. Zudem ist er in Sportkreisen bestens bekannt als aktiver Sportler und grosser Förderer des Gesundheits- und Breitensports. Vetterli hat rund 20 Schweizermeistertitel im Modernen Fünfkampf, im Wintermehrkampf und im Schwimmen gewonnen. 1954 war er Vizeweltmeister im Modernen Fünfkampf.

Damit ist Werner Vetterli ist zweifellos der ideale Ständesvertreter für den Kanton Zürich. Und er ist der ideale Kandidat, um gegen Monika Weber, LdU, und SP-Kandidat Elmar Ledergerber anzutreten. Dies umso mehr, als die LdU-Frau und der SP-Mann die politischen Kräfteverhältnisse im Kanton Zürich in keiner Weise mehr «abbilden»: Der Landesring ist bei den Kantonsratswahlen praktisch eliminiert worden, und Monika Weber hat als designierte Migros-Direktorin keinerlei «Erbansprüche» mehr. Ebenso wäre dem Wirtschaftskanton Zürich mit einem Ständesvertreter Ledergerber schlecht gedient, dessen planwirtschaftliche, staatsinterventionistische Politik hinlänglich bekannt ist.

Am 2. September 1991 stellt sich Werner Vetterli zusammen mit Parteipräsident Christoph Blocher und mir als Parteisekretär auf einer Schifffahrt auf der Limmat und dem Zürichsee der Presse. Eloquent gibt Vetterli seine Ziele bekannt. Er räumt ein, parteipolitisch unerfahren und «unverdorben» zu sein, dafür aber sehr viel praktische politische Erfahrung zu besitzen. So meint er: «Die von mir (bei den «Heute Abend in»-Sendungen) ausgewählten Themen waren durchwegs politisch: 21 mal behandelten wir Verkehrsfragen, 10 mal Wirtschaftsthemen (Milchpreis bis Maschinenindustrie), 9 mal Ökologie (Hochmoor bis Sondermüll), 9 mal Tourismus, 9 mal Sozialfragen (u.a. Drogen), 6 mal Militär



(Waffenplätze/Zivilschutz), 5 mal Wohnprobleme sowie emotionale »Bauchthemen« (Tierversuche, Strafvollzug, Fahrende).»

An eine «Heute Abend in»-Sendung zur umstrittenen Autobahn-Linienführung im Säuliamt erinnere ich mich ganz besonders. Fredy Kradolfer, mein Vorgänger als Parteisekretär und ein begnadeter Kolumnist, damals in Bonstetten wohnhaft und mit einer Bauerntochter verheiratet, kam bei dieser Sendung zu Wort. Von Werner Vetterli (den er stets liebevoll «de Vetter Wernerli» nannte) gefragt, was er von einer offenen Linienführung halte, rief Kradolfer voller Emotionen aus: «Wänn i nu scho dra tänke, dass det, wo mir jetzt amig Chorn ernted, bald selled Auto durerese, dänn chani nümme!» (Bekanntlich wurde dann ja der Iselisberg-Tunnel gebaut.)

*

Und so ziehen im Hinblick auf die Ständeratswahlen vom 20. Oktober 1991 die zwei «Gespanne» Werner Vetterli/Rico Jagmetti gegen Monika Weber/Elmar Ledergerber in den Kampf. Unser Wahlziel: Zwei bürgerliche Ständeräte! Wie es herauskam, erfahren Sie das nächste Mal.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Samstag, 2. März 2019, 10.30 Uhr

Sifa-Wintertagung

zur Sicherheitspolitik

mit Dr. Rudolf P. Schaub

Grossratsaal, Obere Vorstadt 10, Aarau

Dienstag, 9. April 2019, 19.30 Uhr

Ja zur Schweiz

Vortrag und Diskussion mit Ulrich Schlüer

Hotel «Wysses Rössli», Hauptplatz 3, 6430 Schwyz

Samstag, 4. Mai 2019

Generalversammlung Auns

Nationalrat Roger Köppel und a. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey

Zum Rahmenvertrag und zur Neutralität der Schweiz

Kaserne Bern

Montag, 27. Mai 2019

«Schweizerzeit»-Frühjahrstagung

Referent: Andreas Glarner, Nationalrat

Mittwoch, 3. Juli 2019

«Schweizerzeit»-Tagesausflug

Ziel: Sempach, Schlachtkapelle

Ausflug in die Schweizer Geschichte

Büchertisch

BESTSELLER



Toni Brunner

Beni Gafner

Bundeshaus-Redaktor Beni Gafner stellt die einzigartige Persönlichkeit von Toni Brunner vor: Seine Schlagfertigkeit, seinen jede Diskussion prägenden Humor, seine Gelassenheit allen Anwürfen gegenüber. Er schildert den Werdegang des Ausnahme-Politikers, seine Jugend, die gegen alle Prognosen Tatsache gewordene Wahl in den Nationalrat. Toni Brunner hat die SVP zu nie dagewesenen Wahlerfolgen geführt. Ein Buch auch über die politische Wirklichkeit in der Schweiz, das auch Hinterhaltsschüsse gegen die SVP offenlegt, welche die Schweiz in Atem gehalten haben.

Werd und Weber, Gwatt 2018, ca. 240 S., geb., Fr. 39.–

Feindliche Übernahme



Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht

Thilo Sarrazin

Eine brisante Neuerscheinung – nicht nur für uns «das Buch des Jahres»: Thilo Sarrazin zeigt aufgrund nüchterner Darstellung von Tatsachen und sorgfältig dokumentierten Erfahrungen mit dem Islam, dass Europa keineswegs mit einem Integrationsproblem konfrontiert ist. Wer solches behauptet, streut den Mitbürgern Sand in die Augen. Thilo Sarrazin argumentiert überzeugend: Europa droht nichts weniger als die «feindliche Übernahme».

Finanzbuch, München 2018, 450 S., geb., Fr. 37.40

AKTUELL



Megacrash

Die grosse Enteignung kommt

Günther Hannich

Die Eurokrise – Krise der rettungslosen Überschuldung mehrerer EU-Staaten – verschärft sich erneut. In Aussicht gestellte Abwendung von der Zinsnullungspolitik erweist sich zwecks Verhinderung mehrerer Staats- sowie unvermeidlicher Bankenpleiten als unmöglich. So bleibt die Zinsnullung. Sie setzt eine verantwortungslose Umverteilung in Gang von soliden Sparern zu kriminellen Schuldenmachern. Nachdrücklich erhebt sich die Frage: Wie schützt man sich vor solcher Enteignung, vor dem drohenden Crash im Euro-Raum? Ein in jeder Beziehung empfehlenswerter Ratgeber.

Verlag Kopp, Rottenburg 2018, 285 S., geb., Fr. 27.90



«Wenn Deutschland so scheisse ist, warum sind Sie dann hier?»

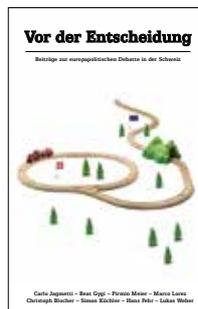
Ein Strafrichter urteilt

Stephan Zantke

Der Strafrichter als Autor dieses neuen Buches bedient sich genau der Sprache, die ihm von angeblichen Flüchtlingen aus Nordafrika und Nahost, die als Angeklagte aufgrund von Gewalt- und Beleidigungsdelikten vor ihm erscheinen müssen, in Form von Beleidigungen in Fäkalsprache laufend an den Kopf geworfen wird. Er spricht ausgesprochen heikle Tatsachen an, die von der sich krebsgeschwürähnlich ausbreitenden Betreuungsindustrie sorgfältig ausgeblendet werden: Die westeuropäischen Länder werden einerseits hemmungslos beschimpft – aber von ihren Sozialleistungen wollen selbst kriminelle Einwanderer profitieren.

Riva, München 2019, 205 S., geb., Fr. 16.–

SCHWEIZ



Vor der Entscheidung

Beiträge zur europapolitischen Debatte in der Schweiz

Mit Beiträgen von Carlo Jagmetti, Beat Gygi, Pirmin Meier, Marco Loretz, Christoph Blocher, Simon Küchler, Hans Fehr und Lukas Weber. Eine kurze und prägnante Lagebeurteilung zur Schweiz angesichts der Versuche Brüssels, sie dem EU-Imperium mehr oder weniger als Kolonie einverleiben zu wollen. Mit einer Ergänzung zum Rahmenvertrag, dessen Einzelheiten immer neue Kreise in Opposition zu Brüssel bringen.

Frick 2016, 94 S., brosch., Fr. 14.90



Die Gotthardbahn

Immer wegweisend und zukunftsorientiert

Adriano Cavadini, Sergio Michels und Fabrizio Viscontini

Die Neat ist in Betrieb. Lugano, aber auch Mailand sind Zürich markant näher gerückt. – Die Geschichte der Überquerung und Durchquerung des Gotthards ist prägend für die Schweizer Geschichte. Ein neuer Bild- und Textband bringt sowohl viel Historisches als auch viel Aktuelles zur Gotthardbahn, zur Verbindung zwischen Süd- und Nordeuropa. Für die Schweiz ist und bleibt der Gotthard geschichts- und staatsbildendes Element. Das zeigt dieser neue Bildband.

Verleger: Die Herausgeber, Lugano 2018, 264 S., gebunden, reich ill., Grossformat, Fr. 78.–

HÖRBUCH

**Geschichten in Gsteigwiler Mundart**

Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:

Dienstzyt

Heinz Häsler erzählt Begebenheiten aus seiner Dienstzeit
Vom Soldaten bis zum Generalstabschef: So präsentiert sich die stolze Militärkarriere von Heinz Häsler. In einem neuen, in kernigem Gsteigwiler Dialekt vorgetragenen Hörbuch berichtet Heinz Häsler selber von Erlebnissen mit Dienstkameraden, von Ereignissen, die seine Militärdienstzeit auf allen Stufen geprägt haben. Man lernt als Zuhörer einen Eidgenossen kennen, der sich mit Haut und Haar der Schweizer Armee verschrieben hat. Häsler präsentiert in diesem Hörbuch nicht Armee-Kritik, nicht strategische Überlegungen, keine Gedanken zu Beschaffungen und andere, die Politik bewegende Probleme. Dienstlebnisse, Begegnungen mit Kameraden, erlebte und erfahrene Bereicherung im Dienst fürs Vaterland prägen dieses eindrückliche Hörbuch. Jede Schweizerin, jeder Schweizer – ob sie auf Militärdienstleistung zurückblicken können oder nicht – wird von Häslers Erzählungen aus seiner Dienstzeit beeindruckt sein.

Werd und Weber, Thun/Gwatt, 3 CDs, rund 3 Std., Fr. 29.–

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten – und wirksamste Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN

**Basler Unbequeme Gedanken**

Über illegale Zuwanderung, Islamisierung und Unterdrückung der Redefreiheit

Bassam Tibi

Solange die Basler Zeitung nicht zum Tamedia-Konzern gehört hatte, konnte der westlich orientierte Islamwissenschaftler Bassam Tibi dort mehrere sehr umfassende und fundierte Artikel veröffentlichen, die jetzt in einem Buch zusammengefasst worden sind. Bassam Tibi setzt sich mutig den radikalen Islamisten entgegen. Er verteidigt westliche Werte und verlangt von hier lebenden Muslimen, diese zu akzeptieren. Die Menschenrechte, wie sie in Europa entstanden und in Konventionen niedergelegt worden sind, seien zu respektieren. Zwangsmassnahmen, zum Beispiel gegen Frauen hätten hierzulande keinen Platz. Insbesondere seien die abendländischen Errungenschaften, gipfelnd in der Gedanken- und in der Redefreiheit, vollumfänglich zu respektieren.

Mit derart mutigen Stellungnahmen geriet Bassam Tibi in Konflikt mit muslimischen Radikalen. Er musste für sich persönlich Vorsichtsmassnahmen treffen, schwörte seinen Überzeugungen aber nicht ab. Die jetzt in Buchform vorliegenden Aufsätze versprechen interessante und beeindruckende Lektüre.

Ibidem, Stuttgart 2018, 303 S., brosch., Fr. 22.20

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Beni Gafner – Toni Brunner **à Fr. 39.–**
 Thilo Sarrazin – Feindliche Übernahme **à Fr. 37.40**

Aktuell

- Günther Hannich – Megacrash **à Fr. 27.90**
 Stephan Zantke – «Wenn Deutschland...» **à Fr. 16.–**

Schweiz

- C. Jagmetti und weitere – Vor der Entscheidung **à Fr. 14.90**
 A. Cavadini und weitere – Die Gotthardbahn **à Fr. 78.–**

Hörbuch

- Heinz Häsler – Geschichten in Gsteigwiler Mundart **à Fr. 29.–**

Buchzeichen

- Bassam Tibi – Basler unbequeme Gedanken **à Fr. 22.20**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(04/01.03.2019)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 1. März 2019	Landmann-Talk	Claudio Zanetti – ein Nationalrat auf ZAK Valentin Landmann im Gespräch mit Nationalrat Claudio Zanetti
Freitag, 8. März 2019	Magazin	Natalie Rickli – Meine Vorstellungen für den Leader-Kanton Zürich Ulrich Schlüer im Gespräch mit Natalie Rickli
Freitag, 15. März 2019	Stammtisch-Live	Toni Brunner – Ausnahmepolitiker. Was nun? Ulrich Schlüer im Gespräch mit Toni Brunner; Beni Gafner, Biograph; Hans Uhlmann, a.Ständerat
Freitag, 22. März 2019	Magazin	Jung und rechts – wie denken junge bürgerliche Menschen? Hermann Lei im Gespräch mit Silvio Kessler, Jan Keller, Curdin Huber, Marco Bortoluzzi, Jessica Ott und Marco Meili.

Öffentliche Aufzeichnungen im «Haus der Freiheit», Wintersberg/Ebnat-Kappel

Freitag, 15. März 2019 17.00 Uhr	Stammtisch	Die Schweiz im Cyber War: Wie sicher sind wir vor Hacker-Angriffen? Ein Gespräch unter der Leitung von Anian Liebrand
Freitag, 15. März 2019 21.00 Uhr	Stammtisch-Live	Toni Brunner – Ausnahmepolitiker. Was nun? Ulrich Schlüer im Gespräch mit Toni Brunner; Beni Gafner, Biograph; Hans Uhlmann, a.Ständerat

1. Live-Übertragung einer «Schweizerzeit»-Sendung – Gäste sind herzlich willkommen!



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

15. März 2019

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeber: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

EU-Länder: Volksbank Hochrhein eG,
79798 Jestetten, Konto 13250 00, BLZ 684 922 00

IBAN: DE34 6849 2200 0001 3250 00

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Karl Eckstein, Christian Eiholzer,
Thomas Fuchs, Patrick Freudiger, Arthur Häny,
Hans Kaufmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Thorsten Polleit, Henrique Schneider, Luzi Stamm

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Auflage gem. WEMF: 12'955 (1. Sept. 2018)

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegefeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Macht des Staatsschutzes

Seitdem organisierte Staatengebilde bestehen, sahen sich diese verpflichtet, die öffentliche Ordnung und den gesellschaftlichen Kitt vor inneren und äusseren Bedrohungen zu schützen. Heute – Wirtschaftskriege, organisiertes Verbrechen, islamischer Terrorismus oder aussenpolitische Infiltration haben Hochkonjunktur – ist die Staatsaufgabe, die Wirtschaft und die Bevölkerung vor solch realen Gefahren zu verteidigen, nötiger und anerkannter denn je.

Wie gehen wir nun damit um, wenn dieser in unseren Breitengraden allgemein akzeptierte und durch die Verfassung gegebene Auftrag so pervertiert wird, dass er sich zum Unterdrückungs-Instrument gegen eine unbequeme politische Opposition mausert? Dieses Phänomen beobachten wir zurzeit in Deutschland, wo das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) vor kurzem die «Alternative für Deutschland» (AfD) zum «Prüffall» und Teile der Partei gar zum «Verdachtsfall» erklärt hat.

Das bedeutet im Klartext: Der rechtsbürgerlichen Partei wird offiziell attestiert, in Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stehen – oder zumindest daran zu ritzen. Gegen Teile der Partei kann der Inlandnachrichtendienst jetzt offiziell ermitteln, V-Männer (getarnte «Vertrauensleute» im Solde des BfV) einschleusen sowie Einzelpersonen überwachen.

Diese folgenschwere Etikettierung – wenn gleich sie stark umstritten ist und auf wackligen Beinen steht – kommt dem politischen Establishment nicht ungelegen. Staatsbeamten mit AfD-Mitgliedschaft droht der Verlust ihrer Stelle, die Wähler sind verunsichert. Parteiintern wird die politische Ausrichtung in Frage gestellt, die «Distanzeritis» schlägt wild um sich, jeder gibt jedem die Schuld – Parteifreunde werden zu Feinden.

Gleichzeitig beklagen Verfassungsschützer, über viel zu wenige Ressourcen im Kampf gegen gefährliche Islamisten-Netzwerke und kriminelle Araber-Clans zu verfügen. Wenn es gegen die AfD geht, kann aber urplötzlich mit der grossen Kelle angerührt werden. Der Verfassungsschutz wird aktiv eingesetzt, um die politischen Verhältnisse wieder «zurechtzubiegen» – mit Bezug auf die unrühmliche Vergangenheit soll in Deutschland jede politische Kraft, die rechts von der nach links gerückten CDU steht, klein gehalten werden.

Zum Glück sieht der schweizerische Staatsschutz seine Aufgabe (meistens) anders: Zurückhaltung bei Gesinnungsschnüffelei – Fokussierung auf echten Extremismus.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt